

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petuzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30.

Donnerstag, den 5. Februar 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Weg mit der Todesstrafe!

Gestern früh wurden auf dem Hofe des Gerichtsgefängnisses in Ratibor die unverehelichte Häuslerochter Franziska Zimmer aus Rasselwitz, die ihre Stiefmutter ermordet hatte, und die Bergmannsfrau Josepha Kubacka aus Czernowita, die ihren Mann ermordet hatte, hingerichtet.

80. Januar 1914.

Wir sind Barbaren! Denn der ruhige Bürger liest die Kunde vom Ratiborer Schlachtfest ohne Erschütterung zum Morgenkaffee und stüpft sich vergnügt die nächste Semmel in die Tasse — zwei Köpfe, was weiter! — und die Blätter des ruhigen Bürgertums bringen die bluttriefende Nachricht mit mehr Verläufigkeit als die Meldung von einer Tennispattie des Herrn Prinzen, und nichts regt sich, und kein Schrei der Empörung geht durch das Volk. Wie sollte sich auch diese bürgerliche Klasse, die, gebildet und gebildet von einer übermühten Soldateska, nicht einmal in eigener Sache Mut und Kraft zum Widerstand aufbringt, zur Entschiedenheit aufrufen, wo es um fremde Köpfe geht! Ratibor paßt ja so gut zu Zabern, Mittelalter zu Mittelalter! Es ist die „Kultur“ ein und desselben Staates, die hier aus dem Pandurenkeller zum Himmel schreit, dort aus Blutlachen zum Himmel stinkt.

Wo der Henker jetzt in Ratibor grauenvolle Arbeit verrichtet, hat sich die Barbarei der Todesstrafe in ihrer schauerlichsten Form ausgetobt: durch eine Doppelhingerichtung und durch eine Hinrichtung von Frauen. Welch eine Summe von Scheußlichkeiten, welche eine Steigerung von Greueln spricht sich darin aus! Eine Angehörige des von Natur und für alle Zeiten schwächeren Geschlechts von rohen Fäusten zu dem Block gezerrt, niedergehalten, und das schmerzliche Weh des Scharfrichters faßt durch die Luft, trifft den Nacken, das Blut springt in dickem Strom hervor, und dann schnell Sägemehl auf die roten Lachen geschüttet und heran mit dem zweiten weiblichen Opfer und wieder blüht das Nichts — und in Tatar und Vasschen steht neben dieser barbarischen Szene ein wohlgerundeter geistlicher Herr und plärrt Gebete zum Lobe dessen, den man einen Gott der Nächstenliebe heißt. Wahrlich, ein Schauspiel, das grotesker wäre in all seiner bluttriefenden Widerlichkeit läßt sich schwer denken. Und hierzu kommt die Rechtsminderheit des Weibes in der bürgerlichen Gesellschaft, um unser tiefes Grauen vor der Ratiborer Bluttat noch zu vertiefen. Die ersten Vorkämpferinnen der Frauenrechte forderten, in den Tagen, da in dem revolutionären Frankreich von 1793 die Köpfe sprangen wie Hagelkörner, Wahlfähigkeit und Wählbarkeit auch des weiblichen Geschlechts mit der Begründung, daß, wer die Frau zwingt, das Schaffot zu besteigen, ihr auch die parlamentarische Rednertribüne einräumen müsse. Aber noch heute, mehr als ein Jahrhundert danach, schickt man die Frauen auf das Blutgerüst und hält sie vom Parlament fern.

Doch Weib oder Mann — in jedem Fall ist die Todesstrafe ein mittelalterlicher Greuel. In den allgemeinen Rechtsanschauungen suchte sie so lange, als ein Mensch dem andern mit dem Leibe zu eigen — leibeigen sein konnte. So lange der Vater als höchste Autorität in der Familie seine Kinder unmeniglich züchtigen durfte, so lange der Krantjunker als höchste Autorität eines Gutsbezirks auf seinen Untertanen Stöcke und Peitschen kurz und klein schlug, so lange der König als höchste Autorität eines Landes die Bürger höchstehändig auf der Straße mit dem Krückstock prügelte, so lange endlich der Glaube ging, daß der Herrgott, die höchste Autorität im Weltensystem, die Frevel gegen seine Strafgesetze am Leibe, mit Gebrechen oder Blutschlag, strafe, so lange konnte auch die Autorität des Staates nach Herzenslust prügeln, Glieder abhacken, hängen, köpfen, erschäufen und rädern.

Wie der Zweikampf ist auch die Todesstrafe ein wesentliches Attribut des Feudalismus, und unsere Sunker wissen nur zu gut, warum sie sich mit verbissener Zähigkeit gegen alle Versuche stemmen, das Nichts dorthin zu verbannen, wohin es gehört, in die Schreckenskammer. Umgekehrt war es die bürgerliche Klasse, die zuerst gegen die Todesstrafe Sturm lief. Einer ihrer beredtesten Gegner war — es klingt etwas seltsam! — zu Beginn der französischen Revolution Maximilian Robespierre.

Und auch als es 1848 in Deutschland Frühling zu werden schien, gedachten die Vorkämpfer dieser bürgerlichen Revolution wie mit anderem feudalen Schutt so auch mit der Todesstrafe aufzuräumen. In der preussischen Nationalversammlung des Revolutionsjahres wurde ein von den Abgeordneten Cricchi, Lemme und Ulrich eingebrachter Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe beraten. Lothar Bucher, damals dem linken Zentrum des

Parlaments angehörig und immerhin einer der feinsten Köpfe der Versammlung, brandmarkte die „festerliche Tötung eines Menschen“ als einen „Mord mit Floskeln“ und als „eine unsittliche, barbarische Einrichtung“ und fuhr fort:

„Man hat sie heute deshalb für sittlich erklärt, weil sie auf der Notwehr beruht; ich vermissen aber den Beweis, daß der Staat zur Abwehr eines ungeleglichen Schreckens der Todesstrafe notwendig bedarf, daß er ohne sie nicht bestehen kann. Ich fasse die Frage so auf, ob von der vollständigen Aufhebung dieser Strafe überwiegende nachteilige Folgen zu fürchten sind und verneine sie. . . . Ebenso hat ein anderer Grund nur den Schein für sich: das Gesetz würde nicht mehr wirken, die Strafdrohung würde vor Begehung der schwersten, gefährlichsten Verbrechen nicht mehr abschrecken, wenn wir die Todesstrafe aus unseren Gesetzbüchern auslöschen. Der Grundsatz, der in diesem Einwurfe versteckt liegt ist ein ganz verwerflicher. Wenn es nur darauf ankäme, um jeden Verbrechens die härtesten Strafen die Begehung von Verbrechen womöglich ganz zu verhindern, so hätten wir nichts Besseres zu tun, als zu den Gesetzen Dracons zurückzukehren, das geringfügige Vergehen, den unbedeutendsten Diebstahl mit dem höchsten Straßfußel, d. h. mit dem Tode zu bedrohen. Denn trotz des vielfähigen Zuchthauses, welches den rückfälligen Dieb erwartet, wird noch täglich gestohlen. Ich behaupte aber auch, daß die Folge nicht eintreten, daß die Furcht vor dem Gesetze nicht geringer sein wird, wenn auch die Todesstrafe abgeschafft ist. . . .“

„Nicht haben wir aber ein viel fürchtbarereres Ersatzmittel. Gehen Sie hinaus in das Gefängnis, setzen Sie sich in eine dieser trostlosen Zellen, spannen Sie Ihre Phantasie an, zu empfinden, was es heißt, eine Woche, ein Jahr, ein Leben lang eingeschlossen zu sein in ein solches Grab, ohne ein menschliches Antlitz zu sehen, nichts von der lebendigen Natur, nicht ein grünes Blatt, wie es doch der Arme in einem Scherben zieht am Fenster. . . . Wenn Sie dann diese Strafe noch nicht für hart genug halten, nun wohl, dann behalten Sie die Todesstrafe bei! Bedenken Sie aber auch das noch: es ist schon viel verdrahtet von dem Feuergeist der Revolution, bewahren wir, was wir noch davon erfassen können! Seien Sie eingedenk des 4. August 1789! Lassen wir den heutigen Tag vorübergehen, ohne der Humanität den längst schuldigen Tribut vollständig, ohne irgend eine Einschränkung darzubringen, so möchte lange Zeit verstreichen, ehe wieder ein günstiger Tag erscheint! Bedenken Sie, daß heute gegen den Antrag für irgend eine Ausnahme stimmen wahrscheinlich ebensoviel heißt, als eine Reihe von Todesurteilen unterschreiben! Und nun wählen Sie!“

Die Versammlung beschloß denn auch mit 294 gegen 37 Stimmen, die Todesstrafe für abgeschafft zu erklären, aber ein eifriger Staatsanwalt erfaßte den Sinn des Urpreußentums im gleichen Sommer erheblich besser, als er gegen einen Studenten, der am Berliner Zeughaussturm teilgenommen, wegen Hochverrats die Todesstrafe mit dem Rade von unten an; beantragte und 1849 gaben die Standrechtseilen der preussischen Soldateska in Baden die Antwort auf den papiernen Beschluß des ohnmächtigen Parlaments. Auch der Reichstag des neuen Deutschen Reichs erklärte sich 1871 gegen die Todesstrafe, aber Bismarcks kulturellen Anschauungen widerstrebte ein Staatswesen ohne Henkerheil so sehr, daß er mit dem Scheitern des ganzen Einigungswerkes drohte, und gehorsam schleppten seine Mamelucken das Nichts in des neuen Reiches Herrlichkeit hinein.

Aber wenn der bürgerlichen Masse von heute längst der Atem ausgegangen ist, um gegen die Barbareien, wie sie sich in Ratibor ereignet, mit Entschiedenheit aufzutreten, so wird die Arbeiterklasse immer stürmischer den Ruf erheben: Tod der Todesstrafe! Zum Henker mit dem Henker!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Vereinsrecht.

Das Vereinsgesetz wurde, als es der Arbeitsgemeinschaft der Liberalen und Konservativen entsprach, als freihetliche Errungenschaft gepriesen. Und man berief sich besonders darauf, daß der damalige Staatssekretär und heutige Kanzler jede Schikanöse oder kleinliche Auslegung des Gesetzes ablehnte. Wie berechtigt schon zu jener Zeit Kritik und Mißtrauen war, hat die Handhabung des Gesetzes erwiesen und die Notwendigkeit, einen besonderen Verhandlungslag der Besprechung dieser Praxis zu widmen.

Sozialdemokraten, Polen und Zentrümter haben zu dieser Beratung Anträge gestellt, die eine — je nach den Antragstellern — mehr oder weniger entschiedene Reform des Vereinsgesetzes verlangen. Insbesondere werden die Ausnahmebestimmungen über den Gebrauch fremder Sprachen und gegen die Betätigung der Jugendlichen angefochten.

Schon der erste Redner, der Pole v. Laszewski konnte aus den Erfahrungen seiner Partei und seiner

Heimat bereite Beispiele bringen, für die willkürliche Anwendung und Interpretation des Gesetzes. Das reiche Material, das in geschlossener Beweisführung nach ihm Genosse Legien aus der Verwaltungspraxis anführte, bildete eine Anklagerede von erdrückender Wucht. Der Wirkung dieser mit präzisen Argumenten gestützten Darlegung vermochten sich auch die bürgerlichen Parteien nicht zu entziehen, und unser Redner konnte vor einem aufmerksamen Haus die entrüsteten Beschwerden der organisierten Arbeiterklasse vortragen und entwickeln. Er zeigte an der Hand zahlreicher Entscheidungen der Justiz und der Verwaltungsbehörden, wie in der Tat selbst die klarsten und einfachsten Gesetzesbestimmungen weginterpretiert werden, wobei man in den Mitteln nicht gerade sehr wählerisch ist. Das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten auch in diesen Fragen war ein besonders markantes Beispiel. Nach alledem war die Forderung nach ausreichenden Garantien durch das Gesetz selbst in ihrer vollen Berechtigung erwiesen. Aber darüber hinaus zeigte der sozialdemokratische Redner, daß die Staatsgewalt durch solche willkürliche Auslegung, die als Rechtswidrigkeit wirken muß, ihr eigenes Ansehen untergräbt und ihren eigenen Untergang vorbereitet.

Daß die Schilderung der herrschenden Praxis durch unseren Redner auf die anderen Parteien ihren Eindruck nicht verfehlt hatte, bewies alsbald der Zentrümter Marg, der sicherlich nicht gern das Unrecht zugab, das der organisierten Arbeiterklasse Tag für Tag von einer willkürlichen Rechtsprechung widerfährt, und auch er mußte die Regierung vor den Folgen warnen, die eine solche Übung im Volke hervorrufen muß.

Aber dieses Beweismaterial vermochte die Regierung nicht zu überzeugen. Ministerialdirektor Lewald, dem die unangenehme Aufgabe übertragen war, die Ablehnung aller Abänderungsanträge zu rechtfertigen, brachte es fertig, trotz all den zahlreichen und berechneten Fällen, die angeführt worden waren, die Rechtsprechung und die Verwaltung in Schutz zu nehmen. Er behauptete sogar mit dem Schein der Ernsthaftigkeit, daß die Ausführungsbestimmungen von dem Wunsch der Loyalität getragen seien, fern von allem Geist der Schikane. Und er machte sich im einzelnen Argumente zu eigen, die sonst nur der reaktionärste Agitator für gut genug hält.

Der Konservative v. Veit und der Reichsparteiler Martin waren damit natürlich sehr einverstanden.

Die wirkliche Antwort wird der Regierung heute zuteil werden.

Wer bezahlt den Wehrbeitrag?

In der Parteipresse wurde kürzlich mitgeteilt, wie ein Mannheimer Hausbesitzer die Mietpreise mit der Begründung erhöhte, daß er Beiträge zur Wehrsteuer zu entrichten habe. Das Beispiel dieses Mannes scheint allgemeine Nachahmung gefunden zu haben, denn von vielen Orten werden namhafte Mietpreiserhöhungen gemeldet, jedoch die Hausbesitzer nicht nur ihre steuerlichen Verpflichtungen abwälzen, sondern sogar noch Extraprofit damit erzielen. Unter diesem Gesichtspunkte ist folgendes interessant:

Das offizielle Organ des Verbandes rheinisch-westfälischer Haus- und Grundbesitzervereine, die in Elberfeld erscheinende „Rheinisch-Westfälische Bürger-Zeitung“, stellt unter der Spitzmarke: „Wehrsteuer — Mietsteuer“ die Frage, „was denn Wunderbares dabei sei, wenn die Hausbesitzer die Kosten des Wehrbeitrages durch Mietpreiserhöhungen einzubringen suchen“ und „auf welche andere Weise sie denn das Geld beschaffen“ sollten? Wörtlich schreibt das Hausbesitzerblatt dann zum Schluß:

„Denn wenn wir dahin kommen sollten, daß die Steuern aus dem Besitze selbst und nicht aus dessen Erträgen bezahlt werden müßten, dann wären wir ja schon mitten drin im sozialdemokratischen Staat. Davor behüte uns der Himmel!“

Na also: die Besitzenden halten es für ganz selbstverständlich, daß sie die ihnen auferlegten Lasten des „patriotischen Opferjahres“ ganz einfach wieder auf die Besitzlosen abwälzen. Wer zahlt also letzten Endes die Besitzsteuern?

Kapitalistische Preispolitik.

Im Frühjahr dieses Jahres beantragten die niederschlesischen Grubenbesitzer für ihre Kohlenprodukte Ausnahmetarife auf den preussischen Staatsbahnen. Sie begründeten ihre Forderung mit der mangelnden Rentabilität ihrer Werke und mit der rückwärtsgehenden Konkurrenz der oberschlesischen Gruben. Die Tarifermäßigung wurde für den Umkreis von 50 Kilometern vom Erzeugungsort gewährt. Bei Beratung der Eingabe sind aber von dem preussischen Eisenbahnrat und der Kommission Dinge erörtert worden, die nicht ohne Interesse für die Beurteilung kapitalistischer Methoden sind. In den geheimen Verhandlungen wurde das Ver-

Langen der niederschlesischen Grubenbesitzer ganz besonders von den obereschlesischen Grubendirektoren bekämpft; sie behaupteten, daß vor allem die rückwärtslose Preispolitik des niederschlesischen Kohlen-Syndikats die Schuld an einer etwaigen ungünstigen Geschäftslage trage. Von Industrievertretern wurde zu der Preispolitik des niederschlesischen Kohlen-Syndikats ausgeführt:

Die Tätigkeit des Syndikats sei darauf gerichtet, die Produktion zugunsten der zu erzielenden Erlöse (Preise) einzuschränken und die Preise gerade im Nahgebiet, in dem sich eine Konkurrenz mit anderen Kohlengebieten weniger fühlbar mache, hoch zu halten. Daß die obereschlesische Kohle in das engere niederschlesische Gebiet eindringe, sei auf die „falsche Preispolitik“ des Syndikats zurückzuführen. Durch seine hohen Preise schränke es den Absatz ein. Die Lieferung der obereschlesischen Staubschöfle sei erfolgt, weil die niederschlesischen Verbraucher die hohen Preise für einheimische Kohle nicht mehr zu zahlen imstande gewesen seien. Einschränkung der Produktion und Preissteigerung zum Zwecke der Schröpfung des Verbrauchers — das alte Mittel der Syndikate.

Der Marineetat in der Budgetkommission.

Nach Erledigung der noch restierenden Petitionen zum Etat der Reichseisenbahnverwaltung kam am Mittwoch der Marineetat zur Beratung. Diefelbe setzte ein mit Ausführungen des Staatssekretärs v. Tirpitz über das im Vorjahre ausführlich erörterte Rüstungsverhältnis zwischen England und Deutschland von 16:10, das er noch in demselben Sinne beurteilte, und den Gedanken des Feierjahres, der ihm indiskutabel erscheine. Staatssekretär v. Jagow ergänzte die Ausführungen dahin, daß eine Besserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland zu verzeichnen und der Verkehr der Kabnetts vertrauensvoll und loyal sei. Der Vorschlag eines Rüstungs-Festjahres sei nur inoffiziell gemacht worden und habe nirgends ernsthafte Beachtung gefunden. Zentrum und Fortschrittspartei ließen das Marineamt ihres Vertrauens versichern und lehnten das „Feierjahr“ als unbrauchbar ab. Genosse Noske erklärte, daß auch die Sozialdemokratie die Schwierigkeiten der Durchführung eines „Feierjahres“ nicht verkenne, schon weil die Rüstungsindustrie um ihrer hohen Profite willen beständig zum Weiterarbeiten antreibe, aber als Utopie lasse sich der Vorschlag nicht abtun und es sei bedauerlich, daß die nichtsozialdemokratische Presse den Vorschlag ohne jede sachliche Prüfung brüsk zurückgewiesen habe. Die Marineverwaltung stehe zwar vorläufig noch auf dem Boden des geltenden Flottengesetzes, ein einziger Fortschritt jedoch — z. B. in der Frage der Offenerung — könne einen völligen Umschwung im Flottenprogramm herbeiführen. Wenn sich das Verhältnis zu England erheblich gebessert habe, sei der Zeitpunkt nahe, daß die Diplomatie mit einer Verständigung über die Herabsetzung der Rüstungen beginne. Abg. Hecksher (Fr.) griff diesen Gedanken auf, um zu konstatieren, daß die Abrüstungs-idee im allgemeinen große Fortschritte in der Öffentlichkeit gemacht habe. Gleichwohl meinte er, daß einem Feierjahr die berechtigten Interessen der großen Werften im Wege ständen. Mit der Auffassung, daß die Entspannung der zwischen England und Deutschland vorhandenen gegenseitigen feindlichen Stimmung der starken deutschen Flotte zu danken sei, erwarb er sich die Zustimmung des Staatssekretärs v. Tirpitz, der sich zu der Behauptung verließ, daß Deutschland ohne seine Flotte zu einem Vorkriegsstand herabgesunken wäre. Abg. Bassermann (Nat.) blies in dasselbe Horn, indem er einerseits die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen begrüßte, andererseits aber zum Mißtrauen rief, das ein Festhalten an „unserer bewährten Flottenpolitik“ rechtfertige. Mit guten Argumenten ging Genosse Ledebour dieser Politik zuleibe. Habe die starke Flotte zur Entspannung der Situation beigetragen, so dürfe doch vor allem nicht vergessen werden, daß die Spannung selbst erst durch unsere Flottenpolitik geschaffen worden sei. Seinen Versuchen, von der Regierung nähere Angaben über die Gestaltung des deutsch-englischen Verhältnisses zu erhalten, setzte diese beharrlichen Widerstand entgegen, indem sie keine Aufforderungen ebenso unbeantwortet ließ wie die Fragen, die Genosse Noske ihr gestellt hatte. Die Beratung wird Donnerstags fortgesetzt.

Eine Zentrums-Schnapswahl.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages setzte am Mittwoch, dem 4. Februar die Prüfung der Wahl des im Kreise Koiel-Gr. Stichlich gewählten Abgeordneten Glowacki (Zentrum) fort. Glowacki wurde in der Stichwahl mit 1184 Stimmen gegen den politischen Pfarrer Bajda, der 1095 Stimmen erhielt, gewählt. In dem Protokoll wird mehrfach Stimmenkauf durch Schnaps, Bier, Zigarren, teilweise auch Geld behauptet, wozu Beweis zu erheben beabsichtigt wurde. Eine längere Diskussion rief die auch in anderen Wahlkreisen schon gemachte Wahrnehmung hervor, daß in amtlichen Wahlbüchern bereits bei ihrer Abgabe an die Wähler Stimmzettel enthalten waren. In zwei Bezirken dieses Wahlkreises trugen die Stimmzettel sonderbarerweise die Namen eines früheren Kandidaten des gleichen Wahlkreises. Es konnte bisher noch in keinem Falle aufgeklärt werden, bei welcher Gelegenheit die Stimmzettel in die Kassetten gekommen sind, da bereits früher benutzte Wahlbüchlein allgemein nicht mehr zur Verwendung kommen. Die Kommission beschloß einstimmig, den Reichstag zu ersuchen, diesem Uebelstande bei kommenden Wahlen durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten. Die Wahl Glowackis wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung der Kommission beanstandet werden.

Der preussische Justizetat im Abgeordnetenshaus.

Im preussischen Dreiklassenparlament wurde am Mittwoch die Beratung des Justizetats eingeleitet durch eine längere Aussprache über die Gefängnisarbeit. Es lag dazu ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei vor. Dieser Antrag erweist die Regierung um die Fortsetzung

einer Denkschrift, in der über Umfang und Art der Beschäftigung der Gefangenen, sowie über die gezahlten Löhne und über die Tätigkeit der in den einzelnen Provinzen eingesetzten Beiräte Aufschluß gegeben werden soll. Von verschiedenen Seiten wurden in der Debatte lebhaftest Klagen über die Konkurrenz vorgebracht, die der freien Arbeit und besonders auch dem Handwerk durch die Gefängnisarbeit gemacht wird. Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat Genosse Liebknecht. In wirkungsvoller und von starkem sozialem Empfinden getragener Rede trat Liebknecht für eine gründliche Reform der Gefängnisarbeit in dem Sinne ein, daß sie in immer höherem Grade einen sozial-nutzbringenden Charakter annehme. Auch die Gefängnisarbeit müsse sich die Fortschritte der modernen Technik zunutze machen. Den Gefangenen müsse für ihre Arbeit überdies ein beträchtlich höherer Lohn gewährt werden als bisher.

Der Justizminister erklärte, er werde sich mit dem Minister des Innern, dessen Verwaltung ein großer Teil der preussischen Gefängnisse unterstellt ist, wegen Abfassung der gewünschten Denkschrift in Verbindung setzen. Die vor Jahr und Tag eingesetzten Beiräte für die Gefängnisarbeit hätten eine rege Tätigkeit entfaltet und sich gut bewährt.

Der fortschrittliche Antrag wurde schließlich angenommen. Dann begann die Generaldebatte über den Justizetat. Der Zentrumsabg. Tschert, selbst ein hoher Justizbeamter, ging dabei ausführlich auf den Fall Knittel ein und griff das zweite Urteil gegen Knittel in sehr scharfer Weise an.

Die Viehpreise sinken.

Die Westfälische Landwirtschaftskammer richtete an die Magistrate der größeren Städte in der Provinz Westfalen ein Schreiben, in dem sie die Magistrate darauf aufmerksam macht, daß nach den amtlichen Preisnotierungen die Preise, insbesondere für Schweine in den letzten Wochen sehr stark zurückgegangen seien; in Essen, Dortmund und Gelsenkirchen beispielsweise um 16 Pfg. pro Pfund des Schlachtgewichtes gegenüber dem Januarpreis des Vorjahres. Die Fleischpreise seien dieser rückläufigen Bewegung nicht gefolgt. Die Landwirtschaftskammer will mit ihrem Schreiben die Magistrate auf dieses Mißverhältnis aufmerksam machen und betont insbesondere, daß die rückläufige Bewegung, insbesondere soweit die Schweinepreise in Frage kommen, auch noch anhalten werden. — Die Magistrate werden, wenn sie nicht die Fleischversorgung der Städte selbst in die Hand nehmen, kaum in der Lage sein, die Messer zur Herabsetzung der Fleischpreise zu zwingen. Im übrigen ist das Vorgehen der Landwirtschaftskammer gar nicht so unklug; sie will mit ihren Konstatierungen den Vormütern vorbeugen, die die Agrarier wegen der hohen Fleischpreise treffen könnten.

Dem Verdienste seine Krone.

Der Vorsitzende des Straßburger Militärgerichtes, das die Zaberner Offiziere freisprach, Generalmajor v. Peller-Narbonne, ist mit der Führung der Garde-Kavallerie-Division beauftragt worden. Das bedeutet eine außergewöhnliche Bevorzugung dieses Offiziers, der demnächst auch zum Generalleutnant befördert werden dürfte. General v. Peller-Narbonne hat bekanntlich unmittelbar nach der Fällung des Urteils den Freispruch dem Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow und dem Herrn v. Oldenburg-Samuschau gemeldet.

Behördliche Bekämpfung des Geburtenrückganges.

Der preussische Minister des Innern hat in einem Rundschreiben an die Landesämter angeordnet, daß die Veröffentlichung der standesamtlichen Nachrichten über Aufgebote, Berechtigungen und Geburten fortan zu unterbleiben haben oder doch künstlich beschränkt werden, etwa auf die Veröffentlichung der summarischen Zahlen ohne Namensnennung. Damit soll verhindert werden, daß an die Adresse der in den standesamtlichen Nachrichten genannten Personen Anpreisungen zur Verhütung der Volksvermehrung gelangt werden. — Hiermit wird man den gewünschten Zweck nicht erreichen.

Klerikale Wahlkampffittchen.

Im Wahlkampf in Köln-Land, der jetzt heftig tobt, zeigen sich bereits die ganzen Schönheiten klerikaler Wahlkampffittchen. Als im Orte Rippes einige unserer Genossen unweit einer Kirche Flugblätter verteilten, wurden sie von klerikalen Kirchenbesuchern beschimpft und mißhandelt, was selbst der „Rheinische Merkur“ zugibt. Die Flugblätter wurden unseren Genossen gewaltsam entziffen. Drei Geistliche, die nachträglich erfaßt wurden, ihren Einfluß gegen die fanatisierten Leute geltend zu machen, sahen der Szene lächelnd zu, ohne einzuschreiten. — Der Zentrumskandidat Oberlehrer Rudloff leistet sich gleichfalls schwere Beschimpfungen seiner Gegner in Wahlversammlungen. Er bezeichnete kürzlich die Redakteure der „Rheinischen Zeitung“ als „Eudelstigen“. Um die Erörterung der Zaberner Angelegenheit und des Kölner Polizeiprozesses drückt er sich überall mit der töstlichen Bemerkung herum, er sei Oberlehrer, also Staatsbeamter und daher könne er über diese Dinge nicht sprechen. Dieser Mann will im Deutschen Reichstag für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfen.

Im Lager der bürgerlichen Parteien Sachsens

rumort es gegenwärtig wieder. Die vor kurzem von uns anvisierte Wahlverbüderung der Nationalliberalen und Fortschrittler für die im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen ist inzwischen zustande gekommen. Praktisch wird sie schon bei der Nachwahl in der Lausitz am 26. Februar. Dort stellen die verbündeten Liberalen der Sozialdemokratie, die das Mandat bisher bejaß, einen gemeinschaftlichen Kandidaten gegenüber. Nebenbei gesagt, einen ganz rechtsstehenden Nationalliberalen! Das ist bezeichnend für den Fortschritt, der gerade in der Lausitz noch Anhang hat und sich bisher dort recht radikal geberdet.

Den Konservativen ist das sogenannte liberale Kartell gar nicht recht, da zu Beginn des Landtags eine konservativ-nationalliberale Verbüderung in Aussicht zu liegen schien, wobei natürlich die Konservativen das Zeit abzuwippen gedachten. Dazu kommt, daß die Na-

tionalliberalen im 14. sächsischen (Borner) Reichstagswahlkreise bei der Nachwahl für den um sein Mandat gekommenen Liebert wieder einen eigenen Kandidaten aufstellen. Die Konservativen hatten sich als ersten Freundschaftsbeweis gedacht, daß die Nationalliberalen auf die Auffstellung eines eigenen Kandidaten verzichten würden, stattdessen der Reichsverbandsgeneral nach konservativer Ansicht den Nationalliberalen nächststehen soll, als den Konservativen. (!)

Daraus wurde nichts und nun ist der Krach da. Der konservative Führer und Vorsitzende der Landtagsfraktion Opitz ließ einen sehr verärgerten Zeitungsartikel gegen die Nationalliberalen los, auf den die letzteren etwas gereizt antworteten. Sie weisen die Annahme weit von sich, daß die Abmachung mit den Fortschrittler sich vornehmlich gegen rechts richte, womit sie aufs neue ihre Doppelsüchtigkeit erweisen. Die Antwort auf diese Kavalitistik ist Opitz nicht schuldig geblieben und so bombardieren sich die Rechte und die Mitte gegenwärtig mit Zeitungsartikeln.

Die sächsische Sozialdemokratie kann vom Parteistandpunkt ruhig lächelnd diesem Treiben zusehen. Denn es kann ihr am Ende gleich sein, wie sich die bürgerlichen Brüder einigen; daß sie einige werden im Kampfe gegen uns, ist sicher. Bei allen wichtigeren politischen Kämpfen ist das Zusammengehen der Bürgerlichen zur Regel geworden; sie können sich auch den Luxus selbständigen Vorgehens kaum leisten, wenn auch das Landtagspluralwahlrecht kleine Abweichungen von dieser Regel gestattet. Opitz hat erst dieser Tage selbst festgestellt, daß unter dem Reichstagswahlrecht die Sozialdemokratie in Sachsen von 91 Landtagsmandaten 61 im Besitz haben würde.

Österreich-Ungarn.

Systematische Reaktion in Ungarn. Der ungarische Ministerpräsident Tisza hat dem raffiniertesten aller Wahlrechtsgesetze nicht nur das niederträchtigste aller Preßgesetze, sondern auch ein ergreaktionäres Gesetz über die Einteilung der Wahlbezirke für den ungarischen Reichstag folgen lassen. Damit setzt der Mann der Ueberfäshungen seinem reaktionären Treiben die Krone auf. Durch dieses Gesetz, dessen Entwurf am Sonnabend dem ungarischen Reichstag zuging, wird dem Minister des Innern das alleinige Recht überlassen, durch Verordnungen festzusetzen, aus welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen die Wahlbezirke zu bestehen haben. Eine spätere Abänderung dieser Verordnungen kann nur durch ein Gesetz erfolgen; das heißt also, die Verfügungen des Ministers des Innern, der zurzeit nicht nur ein Getreuer des Ministerpräsidenten, sondern auch sein leibhaftiger Schwager ist, sind so gut wie unänderlich. Um den Gesetzentwurf schmachtlicher zu machen, sind die bisherigen Wahlbezirke um 22 vermehrt, und die Städte, die bisher 43 Mandate besaßen, erhalten nach dem Entwurf deren 66, also noch mehr als die Vermehrung der Mandate im ganzen ausmacht. In der Motivierung des Entwurfs wird aber klipp und klar ausgesprochen, wie es die „nationale Entwicklung“ erfordert. Nach den bisherigen Erfahrungen wird also die zukünftige Wahlkreiseinteilung den Wünschen Tiszas entsprechen. Die gegen den Grafen Tisza und gegen seine Regierung erbitterte Opposition fordert zu neuen Kämpfen auf. Der konservative Führer der Opposition, Graf Apponyi, ruft die oppositionellen Wähler und Nichtwähler zur Sammlung und zum Widerstande auf gegen das neueste Attentat Tiszas auf das Wahrecht der ungarischen Bevölkerung. Die Opposition setzt dabei alle Hoffnung wieder auf die Arbeiterschaft, die ihr jahrelang treue Massenbrüderschaft gehalten und dabei harte Opfer gebracht hat. Die Arbeiterschaft wird auch die neuen Kämpfe nicht scheuen und gegen das reaktionäre Treiben der ungarischen Regierung mit aller Macht vorgehen.

Italien.

Cipriani lehnt ab. In der „Humanitas“ veröffentlicht Amilcare Cipriani einen offenen Brief an die Wähler von Mailand, in dem er die Nichtannahme des Mandats motiviert. Sein Haß gegen die Monarchie sei unauslöschlich. In den acht Jahren des Vagnos, in 2920 Tagen habe er diesen Haß eingesogen. Da könne man nicht von ihm verlangen, daß er den vorgeschriebenen Treueid als Deputierter leiste. Deshalb möge man ihn außerhalb des Gesetzes lassen wie bisher. Die Wähler hätten ihn rehabilitiert und das genüge ihm. Von der Monarchie nehme er keine Rehabilitation an.

Frankreich.

Die Folgen der dreijährigen Dienstzeit beginnen sich zu zeigen. In zahlreichen Garnisonen, besonders im Militärlager von Corcieux im Vogesen-Departement sind Massenerkrankungen an Ziegenpeter, Masern, Scharlach aufgetreten. Die Lazarette sind überfüllt. Aus Toul, Nantes, Autun, Saint Oé, Tarbes und weiteren Städten werden epidemische Erkrankungen gemeldet. Mag man auch einen Teil dieser Erkrankungen auf die ungewöhnlich große Kälte zurückführen, die in den letzten Wochen in Frankreich herrschte, so ist doch der bedeutendere Teil dieser epidemischen Erkrankungen aus der überreichten und unüberlegten Einführung der dreijährigen Dienstzeit entstanden. Die Unterkunfts-räume für die mehr eingezogenen Soldaten genügen in sanitärer Hinsicht keineswegs. Zudem erforderte die Verpflegung der Kadets die Einziehung von jungen Leuten, die nicht so gesundheitlich fest waren, um den Anstrengungen des Dienstes bei ungesunden Unterkunfts-räumen widerstehen zu können.

Amerika.

Die Unruhen in Peru. Nach einer Depesche aus Lima ist der Präsident von Peru von den Aufständischen gefangen genommen worden, die unter dem Obersten Benavides den Palast des Präsidenten angegriffen hatten.

Aus Lima wird ferner gemeldet: Ministerpräsident Varela wurde nach heftigem Kampf, der auf die Eroberung des Palastes des Präsidenten folgte, getötet. Dr. Augusto Durano, der frühere Führer der Revolutionäre, ist Herr des Palastes. Es heißt, daß er eine neue Regierung bilden wird.

Wie weiter aus Lima gemeldet wird, begann der Angriff auf den Palast um 4 1/2 Uhr morgens. Tausende stürzten, durch das Schießen erschreckt, auf die Straßen. Die Soldaten erhielten den Befehl, Salven in die Luft abzugeben, um Menschenansammlungen zu verhindern. Ein Zivilist wurde erschossen. In der Stadt herrschte große Erregung. Die Banken und Läden sind geschlossen. Präsident Billinghurst wurde als Gefangener nach Callao gebracht, um von dort des Landes verwiesen zu werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 5. Februar.

Der Vorschlag über die Einnahmen und Ausgaben Lübecks im Rechnungsjahr 1914 ist gestern dem Bürgerausschuss zugegangen. Danach belaufen sich die Einnahmen auf 19 510 655,59 Mk., denen an Ausgaben 19 751 899,18 Mk. gegenüberstehen. Es würde somit ein Fehlbetrag von 240 743,59 Mk. entstehen, der sich durch weitere Ausgaben für die Feuerwehre (97 820 Mk.) und für Änderungen an der Heizung im Allgemeinen Krankenhaus (88 300 Mk.) auf 426 868,59 Mk. erhöht. Zur Erhebung sollen 6 Einheitsätze der Einkommensteuer gelangen, was nach dem bisher geltenden Steuergesetz einem Zuschlag von 10 Proz. gleichkommen würde, gegen 18 Proz. im laufenden Steuerjahr. Der verbleibende Fehlbetrag soll aus der Ausgleichskasse gedeckt werden.

Der Bürgerausschuss sprach sich in seiner gestrigen Sitzung gutachtlich für den vom Senat beantragten Neubau eines Schulhauses für die Realschule zum Dom in der unteren Johannisstraße aus. Die Kosten des Baues sind auf 697 403 Mk. veranschlagt. Die Kommission des Bürgerausschusses, welche die Vorlage zu prüfen hatte, war zu folgenden Urteilen gekommen: 1. Der Bürgerausschuss wolle sich gutachtlich gegen die Annahme der Senatsvorlage aussprechen. 2. Der Bürgerausschuss wolle den Senat ersuchen, ihm Vorlagen entgegenzubringen, a) über die Angliederung von Realklassen an das Johanneum, b) über die Angliederung von Oberrealklassen an das Johanneum. Diesen Vorschlägen seiner Kommission ist der Bürgerausschuss nicht beigetreten. — Für die Mitgenehmigung des Senatsantrages betreffend die Erweiterung des Umschlaghafens sprach sich der Bürgerausschuss gleichfalls gutachtlich aus.

Der Senat und die Arbeitslosigkeit in Lübeck. Dem Bürgerausschuss wurde gestern vom Senat folgendes Dekret vorgelegt: In seiner Versammlung am 26. November 1913 hat der Bürgerausschuss dem Senat das Ersuchen entgegenzubringen beschloffen, baldmöglichst umfassende Maßnahmen gegen die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit, die im Winter noch einen viel größeren Umfang anzunehmen droht, zu ergreifen. In Anlaß dieses Ersuchens weist der Senat darauf hin, daß er in seinem am 17. d. M. dem Bürgerausschuss zur Begutachtung unterbreiteter Anträge für die Erweiterung des Umschlaghafens die Bewilligung einer Summe von 213 600 Mark an die Baudeputation beantragt hat. Wie in dem erwähnten Dekrete bereits bemerkt worden ist, wird die alsbaldige Bereitstellung dieses Betrages die Möglichkeit geben, einer großen Anzahl von Arbeitern den Winter hindurch lohnende Beschäftigung zu gewähren. Mebrigens will der Senat nicht unterlassen zu bemerken, daß nach den angestelltesten Ermittlungen die Arbeitslosigkeit, wenigstens zurzeit, einen erheblichen Umfang noch nicht angenommen hat. — Wahrscheinlich werden die Ansichten des Senates darüber, was als erhebliche Arbeitslosigkeit anzusehen ist, mit denen der Arbeiter sehr stark differieren.

Dienstalterszulagen für Arbeiter. In den Erläuterungen zum Vorschlag der Baudeputation wird u. a. ausgeführt: Die Baudeputation hat kurz vor Weihnachten 1913 beschloffen, ihren Arbeitern nach dem Vorbilde der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindegemeinschaften Dienstalterszulagen zu gewähren, und zwar:

bei einer Dienstzeit:	
von mehr als 3 Jahren bis zu . . .	25 Mk.
„ „ „ 6 „ „ „ . . .	40 „
„ „ „ 9 „ „ „ . . .	50 „
„ „ „ 12 „ „ „ . . .	60 „

Die Deputation hat dem Finanzdepartement hiervon mit dem Ersuchen Kenntnis gegeben, die auf 16 000 Mk. zu schätzende Jahresausgabe hierfür als besondere Position unter Art. 42, Allgemeine Verwaltung, einzustellen, da die Zahlung alljährlich in einer Summe erfolgt und die Verteilung auf die einzelnen Bauten zu erheblichen Schwierigkeiten führen würde. Das Finanzdepartement, das gegen die Einstellung dieses Betrages Bedenken hatte, hat auch dieses Ersuchen der Baudeputation dem Senate zur Entscheidung vorgelegt. Der Senat hat sich nach eingehender Prüfung für die Einstellung des Betrages von 16 000 Mk. entschieden, da er es als im Interesse des Staates liegend erachtet, der Baudeputation einen festen Arbeiterstamm zu erhalten. Dies wird am ehesten durch die Gewährung von Dienstalterszulagen zu erreichen sein.

Die Mitglieder der Erbschaftskassen, deren Rechte und Pflichten bei der Ortskrankenkasse ruhen sollen, müssen umgehend im Bureau der Allgemeinen Lübecker Ortskrankenkasse (Zimmer 5) ihre Mitgliedschaft bei der Erbschaftskasse durch das Mitgliedsbuch nachweisen, da sie sonst als Mitglieder der Ortskrankenkasse geführt und ihren Austritt aus dieser nur nach vorheriger Kündigung bewirken können.

Gefühl und Verstand. Der Entwicklungstrieb leitet seit Ewigkeit die Welt. In jedem Wesen zeigt er als Lebenstrieb seine Existenz und wenn dieser Lebenstrieb äußerlich auch noch so sehr dem eigenen Ich dient, so fördert er im Grunde doch nur die Entwicklung des Ganzen, die sich im Laufe der Jahrtausende so glänzend vollzogen hat.

Im Urzustande war der Lebenstrieb natürlich roher Art. Der Mensch lebte plump dahin, nur seinem eigenen Selbst. Und wie überall in der Entwicklung der Menschheit, so geschah es auch hier. Eine Differenzierung fand statt, wie wir sie auch in unserer Arbeitsteilung haben. Im tohen Dahinleben entwickelte sich aus dem primitiven Lebenstriebe heraus ein Verstandesleben einerseits und das Gefühl, wenn auch zuerst noch so einfacher Art, andererseits. Fühlen und Denken stellten fortan die beiden Motive dar, die das Leben leiteten.

Durch diese keine Entwicklung wurde der Lebenstrieb auch im Verhältnis zur Mitwelt verfeinert. Der Mensch erkannte mit seinem Verstande, daß ihm der Zusammenstoß mit anderen dienlich ist, und so bildeten sich im Laufe der Jahrtausende immer größere Kreise des Zusammenlebens. Aber auch das Gefühl wuchs mehr und mehr, und wenn die Zusammenhänge, Staat und Reich nicht ausgeschlossen, auch heute noch im Allgemeinen verstandesgemäß ausgeübt werden zu rein persönlichem Nutzen, so gibt es doch schon weite Kreise, für die nicht nur der Verstand, sondern mehr oder minder auch das Gefühl maßgebend ist. Das sind diese und jene Vereine und Verbände, die irgend

einem idealen Menschheitszwecke dienen, das ist vor allem unsere Partei, die als hehre, universelle Menschheitsorganisation nicht einseitig ein Bestandesleben, sondern auch ein tieferes Gefühlleben voraussetzt.

Gefühl und Verstand gehören in gleicher Weise dazu, um ein Anhänger der Sozialdemokratie zu sein. Alle die, die in ihrem Lebensstriebe noch unentwickelt sind, die einseitig Bestandesmenschen oder einseitig Gefühlsmenschen sind, die verstehen uns nicht. Ihnen fehlt, wenn sie ein Herz haben, der Verstand, die ökonomischen Verhältnisse zu erkennen und den Zug der Zeit zu erfassen, oder es fehlt ihnen, wenn sie Verstand besitzen, das Herz, das im Mitmenschen den Bruder sieht. Und beides gehört dazu, um ein Sozialdemokrat zu sein.

Wenn unsere Feinde uns nicht verstehen und bekämpfen, so zeigen sie dadurch also nur, daß ihnen in der Entwicklung ihres Lebensstriebe etwas fehlt. Schwärmer, die fühlen, ohne zu denken, sind verhältnismäßig selten. Meist sind unsere Gegner kalte, nüchterne Menschen, die denken, ohne zu fühlen. Und weil sie nicht fühlen, mitfühlen, darum ist auch ihr Denken egoistisch und falsch.

Allein im Sozialismus finden wir Fühlen und Denken harmonisch vereint. In untrennbarer Wechselwirkung sind das Gefühl und Verstand verbunden. Und so bietet der Sozialismus beiden, dem Denken wie dem Fühlen, alles, was zur Befriedigung gehört: dem Denken ist er die aus Logik und Konsequenz sich ergebende, naturwissenschaftliche Anschauung über die Entwicklung des Staates, den Zukunftsstaat, dem Fühlen ist er das Ziel frohen Hoffens und innigen Sehens, die moderne Religion.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat Januar in 125 Fällen gemeldet. Davon betrafen 62 Fälle (2 tödlich verlaufen) Scharlach, 48 (3) Diphtherie, 12 Masern, 2 Typhus, 1 Granulose.

pb. Wäschestiefel. In der Nacht vom 3./4. d. Mts. sind vom Hofe des Grundstückes Warendorferstraße 50 folgende Wäschestücke gestohlen worden: 2 weiße leinene Damenhemden, 1 weißes leinenes Damenbeinkleid, 1 Korbmalerhemd und 1 Normaldamenhemd. Das weiße Damenhemd war „M. R.“ gezeichnet.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck, Parade 1 (Schloß Ranken). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 6. d. M., abends 6-7 Uhr.

Neues Stadttheater. Von den Aufführungen bis Schluß dieser Woche — „Zauberflöte“ am Freitag und „Der fliegende Holländer“ am Sonnabend — verdient wohl die heutige Premiere von Siegfried Wagners „Herzog Wildfang“ besonderer Hervorhebung. Der sehr gut verlaufenen gestrigen Generalprobe wohnte bereits der Dichter-Komponist bei. In der Darstellung der Hauptpartien vereinen sich alle ersten Kräfte unserer Bühne. Die sorgfältige Vorbereitung war wieder Hermann Beyers Arbeit, die musikalische Leitung hat unser bewährter Kapellmeister Herr Karl Pfeiffer.

Schwarian. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet am Freitag, dem 6. Februar, abends von 5-8 Uhr, im Lokale des Herrn Dörsch, Gasthof „Tranenvaal“, statt.

Stadelsdorf. In die Kinderschulkommission für Stadelsdorf und Umgegend sind folgende Personen gewählt: Otto Nickel, Frau Sophie Fied und Frau Marie Fied, Lohitzke, Frau Kloppe und Frau Emma Meyer, Mariental, Frau Auguste Schmidt, Fadenburg, Frau Metthusen und Frau Kümohr, Mori.

w. Wölln. Die Neuregelung des Krankentafelwesens bringt für unsere Stadt insofern eine bedeutende Veränderung des bisherigen Zustandes, als an die Stelle der den Ärzten gezahlten Pauschale einschließliche Behandlung der Familienangehörigen, Bezahlung nach Einzelleistungen nur für Kassemitglieder tritt. Die unentgeltliche Behandlung der Familienangehörigen kommt in Wegfall. Um nun eine Aussprache bezüglich der Behandlung der Familienangehörigen herbeizuführen, fand gestern nachmittags eine Sitzung des Kassenvorstandes mit den für die Kasse in Betracht kommenden Ärzten statt, in welcher zunächst festgesetzt wurde, daß an dem vom Vertragsausschuß entworfenen und in der letzten Sitzung dieses Ausschusses festgestellten Vertrage nichts mehr geändert werden kann; die Kassen müssen Einzelleistungen bezahlen. Eine Behandlung der Familienangehörigen kann nur bei Zahlung eines Extrabetrages seitens der Mitglieder in Wölln in Frage kommen, für dessen Höhe erst Unterlagen geschaffen werden müssen. Ein Entgegenkommen der Ärzte gegenüber der Kasse wurde auf der Basis erzielt, als die Ärzte, die bis jetzt noch nach den sogenannten Bleiber Beschlüssen als Proporzium die Kassemitglieder behandelten, auf diese Bezahlung verzichteten und ab 1. Januar 1914 nach den Vertragspositionen, die niedriger sind, entschädigt werden; dagegen übernimmt der Kassenvorstand eine Prüfung der eingereichten Liquidationen und überweist etwaige Landkassenmitglieder deren Vorstand. Die Aussprache hatte weiter den Erfolg, daß eine Einigung bezüglich der Bordinde der Krankenkasse erzielt und, um eine geregelte Geschäftsführung zu ermöglichen, sollen die Mitglieder nur, von dringenden Fällen abgesehen, gegen den von der Medizinstelle abzufordernden Krankenschein behandelt werden. — Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß für Wölln sämtliche Ärzte als Kassenzurückgelassen sind, die Mitglieder sich also für einen eintretenden Krankheitsfall den Arzt ihres Vertrauens wählen können.

Hamburg. Der Todessturz aufs Deck. Auf dem Hamburger Dampfer „Danau“ erhielt der Schaueremann Willy Mayer den Auftrag, ein Drahttau vom Ladebaum aus durch die Gien zu ziehen. Bei dieser Arbeit ist M. vom Ladebaum abgeglitten und aufs Deck gestürzt. Hier blieb er bewegungslos liegen. Der Verunglückte hat einen Schädelbruch, Arm- und Beinbrüche und noch verschiedene andere Verletzungen erlitten. Der Tod ist nach wenigen Minuten eingetreten. Die Sanitätskolonne hat den so schrecklich ums Leben gekommenen Mann nach der Leichenhalle des Hafenskrankenhauses gebracht.

Hamburg. Die Bürgerschaft bewilligte gestern, nachdem Präsident Dr. Schön mit warmen Worten die Verdienste Alfred Lichtwarks gewürdigt hatte, der Schwester des Verstorbenen, die ihm den Haushalt geführt hatte, eine jährliche Unterstützung von 4000 Mk. Die Annahme des Antrages geschah einstimmig.

Lübeck. Opfer der Arbeit. Bei Sprengarbeiten in einem Schacht des Kalimertes der Gewerkschaft Komow bei Lübeck sind Montagabend der Arbeiter Seehase tödlich und 2 andere schwer verletzt worden. An dem Aufkommen der beiden Arbeiter wird gearbeitet.

Grevesmühlen. Vollständig niedergebrannt ist das von drei Familien bewohnte an der Gr. Seestraße gelegene Haus des Böttchers Bölow. Als der Brand nachts gegen 12 Uhr von Passanten bemerkt wurde, hatte sich das Feuer schon so weit ausgebreitet, daß an eine Rettung des alten Fachwerkhäuses nicht mehr zu denken war. In große Gefahr zu verbrennen gerieten eine im 1. Stockwerk wohnende

Witwe und ihre Enkelin, die durch die starke Rauchentwicklung bewußtlos geworden waren. Nur mit großer Mühe konnten die beiden aus dem brennenden Haus ins Freie gebracht werden. Auch die Rettung einer alten fast erblindeten Frau machte große Schwierigkeiten. Das nur gering verbleibende Mobiliar ist fast vollständig mitverbrannt. Die Entstehungssache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Güstrow. Ein Jahr drei Monate Zuchthaus und vier Mark. Der wegen Betruges verurteilte Arbeiter Fritz Kleemann aus Bauhof Lübz hat am 21. Mai vorigen Jahres in Osteln der Frau Rathloff vorgespiegelt, er sei bei Schäfer Wit gewesen, sei auch früher Pastor gewesen und sei infolge, von ihrem Namen die Krankheit zu nehmen. Er hat auch einige „Gebete“ gesprochen und hierdurch — man soll's nicht glauben! — bei der Frau Rathloff den Glauben erweckt, er sei heilbringend und gewillt, ihren Ehemann von seiner Krankheit zu befreien, woraufhin sie ihm auf Verlangen „Silber“ und zwar 1 Mk. gab. Dies gleiche Manöver machte er am 20. Oktober vor. Jahres bei Frau Harms in Tempzin deren Sohn krank lag, und von der er drei Mark erschwindelte. Am folgenden Tage versuchte er seinen plumpen Trick noch einmal bei Frau Harms, die indessen diesmal ablehnte, ihm Silber zu geben. Die Güstrower Strafkammer verurteilte diesen Schwindler zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus, 300 Mk. Geldstrafe, ausfallsweise weiteren 20 Tagen Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Rostock. Unterschlagungen eines Klosters. Wegen Unterschlagung verhaftet wurde der Klosterprobst M. in Rostock, der sich selbst der Staatsanwaltschaft gestellt hat. Es handelt sich um die Unterschlagung von mehreren tausend Mark amtlicher Gelder. Die Höhe der unterschlagenen Summe steht noch nicht fest.

Hadersleben. Ein Familiendrama. Als die Frau des Schmieds Holländer in stark herausdem Zustand nach Hause kam, entstand zwischen ihr und ihrem gleichfalls angekrankten Manne ein Streit. Während desselben sprang die Frau aus der 7 Meter hoch gelegenen Wohnung auf die Straße. Sie erlitt schwere Verletzungen und dürfte kaum mit dem Leben davontommen.

Cuxhaven. Selbstmord eines Hamburger Piesepaars. Ein Apothekerlehrling Sch. aus der Siederstraße und eine Verkäuferin Z. aus der Lorenzstraße wurden Mittwoch morgen auf einer Bank auf der Alten Liebe in Cuxhaven befinnungslos aufgefunden. Man brachte sie in das Staatskrankenhaus, wo Vergiftung festgestellt wurde. Bei der Enttfernung war der Mann bereits tot. Das Mädchen zeigte noch schwache Lebenszeichen, starb aber auch bald, ohne die Befinnung wiedererlangt zu haben. Das Mädchen ist schon seit einigen Tagen vermißt worden. Gegen den jungen Mann hatte die hiesige Polizei ein Verfahren wegen Entführung eingeleitet.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 4. Februar.
Bauern-Butter Pfd. 1,25-1,35 Mk., Meierel-Butter 1,50 Mk., Dosen 3,50-4,00 Mk., Enten Stück 4,00-5,00 Mk., Hühner 1,80-2,50 Mk., Riken Stück 1,80-2,50 Mk., Lauben Stück 00-70 Pfg., Gänse Pfd. 70-95 Pfg., Schinken Pfd. 0,95-1,00 Mk., Schweinstopf pr. Stk. 60-70 Pfg., Wurst geräuchert 1,20-1,60 Mk., Eier Stk. 10-11 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 30 bis 40 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pfd. 2. Sorte — Pfd., 3. Sorte — Pfd., Blumentohl der Kopf 40-60 Pfg., Strichen, hiesige, Pfd. 00-60 Pfg., eingeschaltete, Pfd. 00 Pfd., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portionsfische Pfd. 1,50, größere Pfd. 1,30-1,40 Mk., Karfen, größere Pfd. 1,20 Mk., kleinere 1,10 Pfg., Al, große Pfd. 1,20 Mk., mittlere Pfd. 00-80 Pfg., kleine Pfd. 00-60 Pfg., Karantichen Pfd. — Pfg., Hechte, große Pfd. 60-70 Pfg., mittel 50 Pfg., Barsche Pfd. 60-70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 70 Pfg., kleine Pfd. 60 Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 40 Pfg., kleine Pfd. 25-30 Pfg., Quablen Pfd. — Pfg., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. 30 Pfg., frische Pfd. 35-40 Pfg., Wutte, größere Pfd. 35-40 Pfg., kleinere 25-30 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 60-600 Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 4. Februar.
Auftrieb 5900 Schweine. Markt leicht geräumt. Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Maßstab vereinfachter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:
Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 61.— bis 61,50 (43,50 bis 49.—), mittel schwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., 61.— bis 61,50 (43,50 bis 49.—), Mittelware, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 63.— bis 63,50 (49.— bis 49,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., — bis 63.— (— bis 49.—), geringere Ware, Tara 24 Proz., 57.— bis 62.— (43,50 bis 47.—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63.— bis 60.— (47.— bis 48.—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 54.— bis 58.— (42,00 bis 45,00) Mk.

Literarisches.

Vereins- und Versammlungsrecht, Anleitung zum praktischen Gebrauch, mit vielen Beispielen und Musterformularen. Zweite, neu bearbeitete Auflage. Von Hermann Weims. (Verlag W. Fannstich & Co., Magdeburg. Preis 40 Pfennig.) Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs. Es fehlt nicht an Kommentaren zum Vereins- und Versammlungsrecht, die weitestgehend alle Risse des Produkts der konservativ-liberalen Ehe aufrollen, ohne es zu lösen. Damit ist dem Funktionär der Arbeiterbewegung nicht gedient. Er benötigt eines Ratgebers, der klar und klar das Notwendige sagt. Diesen Zweck ist diese Schrift in allen Teilen gerecht geworden, denn die schärfsten Vorstöße der Polizei und der Verwaltungsgerichte gegen die Arbeiterorganisationen zwingen die mit der Leitung betrauten Personen, sich aufs genaueste über die Rechtslage zu informieren und dadurch die Arbeiterbewegung vor Schaden und Strafe zu bewahren. Das „Vereins- und Versammlungsrecht“ behandelt alle Rechtsfragen des Organisationslebens kurz und sicher unter jedesmaliger Anführung der höchstgerichtlichen Entscheidungen, vermeidet allen unnötigen sowie unnötige Wiederholungen. Diese wohlthuende Hilfe bei größter Gründlichkeit machen das handliche Büchlein, das sich in lauberm, klarem Druck auf gutem, holzfreiem Papier recht gefällig präsentiert, zum unentbehrlichen Ratgeber für jede Vertrauensperson in der Arbeiterbewegung.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. geeigneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwanig Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Brochett der Samen-Auswahl von Friedrich W. i. a. e. l. Lübeck, Breitestraße 44, bei.

Friedr. Meyer & Co.

Buchdruckerei :: Buchhandlung

Anfertigung von Drucksachen aller Art in moderner, geschmackvoller Ausführung.

Lübeck Ahrbergs Hannoversche Wurst- u. Aufschnittwar. (Hilflich) Fleischhauerstr. 17 Fernspr. 2008 Stroh- und Filzhutfabrik Bertrand Hinter St. Petri 9 Waschen, Färben und Umpressen nach den neuesten Formen.	Brauereien Trinkt Adler-Biene	Praktischer Wegweiser Erscheint einmal wöchentlich empfehlenswerter • Geschäfte • empfohlen Zur Beachtung	Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu Aktienbierbrauerei Lübeck		
Fr. Bihow, Engelsgrube 57 Sattleringe aller Art. Fischkonserven en-gros. Tel. 208. U. Christiansen Walmstraße 30 : Fernruf 2413 Fluggarderoben, Spiegel, Luxus-u. Gebrauchsmöbel. Eig. Möbeltischl.	Trinkt Lübecker Vereins-Bräu	Unger & v. Deesen Sandstr. 20, I. Etage Westfälisches Leinwandhaus Sandstr. 20, I. Etage die billigsten am Platze.	Maßgeschäfte für Herrenmoden T. H. Robbran Königstrasse 74 Modern. Herrengarderob. n. Maß Fr. Müller Inh. Ad. Fink, Marlesgrube 31/33, Horrenn.	Theater Besucht das Varieté International Untertrave 63 Treibriemen u. Sattlerwaren	
Herm. Dose, Hundestr. 82 Roßschlächterei Spezialität: Feine Wurstwaren. Hamburger Kaffee-Lager Holstenstraße 10 Meumann & Erdmann Breite Str. 53. Kontor-Bedarfsartikel, Contingent-Schreibmasch. Rep.-Werkstatt.	Trinkt Kieler Schloßbräu Vertret. für Lübeck u. Umgegend. Fr. Kropf, Glockengießerstraße 87.	Spezial-Butter- und Margarine-Haus. Fr. Warnecke Breitestrasse 1-5.	Meierei Lübeck's Amme Milch u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität	H. Köppke & Eggers Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr Reise-Utensilien, Schulumpp. Taschen, Portemonnaies etc. Huxstraße 29.	
Franz Scheffler jr., Beckergrube 50. Tel. 2202. Sattlermeister Tel. 2202. Spezialität: Angelgeräte. Ludwig Schütler Beckergrube 24 : : Telefon 72 Luxusfuhrwerk, Automobilvermietung. Tag u. Nacht geöffnet.	Ratzeburger Aktien-Brauerei Trinkt Abschlößler	Chem. Reinigung- u. Bügelanstalt J. Brauner, Schneidermeister Walmstraße 71 Änderung u. Reparaturen billigst	Gummiwaren Wilh. A. C. Weffel Breitestrasse 58a Dauerwäsche — Wachstuche Artikel für Krankenpflege.	Mineralwasser u. Spirituosen J. C. Wessel Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 760. Verlangen Sie Bunteküh-Kümmel	Uhren- und Goldwaren Jonass & Co. BERLIN S.W. 309 Teilzahlung Kataloge gratis u. franko.
Heinrich Telenitz Königstr. 22 — Ecke Pfaffenstr. Wäsche u. Aussteuerart. aller Art. H. Hahn Gr. Burgstr. 33 Photogr. Atelier. W. Kram Königstr. 48 Butter, Milch. Fisch- und Fettwarenhandlung H. Roßbach, Fackenberg, Allee 18b R. Köhling Königstraße 121 Angelgeräte und Netze. Carl Schmeor Wickedestr. 14. Fischhandlung	Brot-Fabrik Lübecker Central-Brotfabrik Rich. Spangenberg & Co., G. m. b. H. Lindenstr. 20-22 — Fernruf 256. Auf je 10 Pfg. 2 Rabatmarken	Fuhrwesen und Möbeltransport H. F. Meiners Dankwartsgrube 57/59 Möbeltransport und Lagerung Equipagen für jede Gelegenheit Automobile, Taxameter Tag und Nacht Betrieb Telefon Nr. 860.	Hauseinrichtung. Heinr. Pagels Breitestrasse 91/93, Huxstraße 6/14. Größte Auswahl in Hausstandsachen, Ofen, Herde, Gaskocher, Gruden, Wandplatten, Spielwaren.	Mineralwasser u. Spirituosen J. C. Wessel Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 760. Verlangen Sie Bunteküh-Kümmel	Ludwig Zander Goldschmied • • • Marlesgrube 3 C. Herbst Uhrenhandlung, Reparaturwerkst. Glockeng. St. 67. A. Matern Beckergrube 26 Schweizer Uhren. Gust. Richter Reparaturen gut Wakenitzmuer 64
Arbeiter-Artik. Manufakturw. Otto Albers Markt 4 Kohlmarkt 10 Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art Johann Müller Drogenstr. 12a Ecke Warend St. Manufakturwaren — Konfektion Bettfedern-Reinigungsanstalt	Butter und Margarine C. Schepler Pfaffenstraße 3 erstes Spezialhaus für Butter Eier - Margarine Verlang. Sie ausdrücklich Siegerin die Elite - Margarine-Markn Mohra Palmato	Cigarrenhdlg. Hermann Kersten Huxstraße 8. Hamb. Regatta 45 Pfg., 10 St. 48 Pfg. Hermann Wieghorst Am Markt • • • Neben der Post Ecke weit. Kraubuden. W. Bahrdt, Huxstraße 104.	Honig Bienenfleiss Deutscher Naturhonig u. Raffinade Erhältlich in allen Nahrungsmittelgeschäften. Karl Häuer & Co. Lübeck	Mineralwasser-Fabriken Spezialfabrik nur alkoholf. Getränke, Sauerbrunnen, Limonaden Dr. G. Nickell Wakenitzstr. 6, Fernsprecher 1070.	Weine Rot-, Weiss- und Südweine vorteilhaft bei Knip & Bartels. J. H. Stooss Engelsgrube 41/3 Weine - Liköre.
Arbeiter- und Berufskleidg. J. H. Pein am Markt Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Mützen.	Drogen u. Farben Drogen u. Farben Ferd. Kayser Eisenwaren u. Werkzeuge Rob. Koosmann Beckergrube 34, Tel. 1210 Werkzeuge für sämtliche Gewerbe. Spezialität: Töpfer- und Fliesenansetzer-Werkzeuge.	W. Bahrdt, Huxstraße 104. Ludw. Beth, Untertrave 6. M. Förster, Huxstr. 33. Carl Masco Dankwartsgrube 44. J. Möller, St. Annenstr. 19. E. Palow Ecke Engelswisch, Alsheide. Adolf Röhrich Holstenstr. 2 Ecke Schüsselbud. Otto Schlamann, Königstr. 48b.	Kolonialwaren u. Kaffeeröst. Fritz Kruse Inhaber: Paul W. Pöttger Schüsselbuden 32, Fernspr. 569 Kolonialwaren - Versandhaus Spezialität: Kaffee in sämtlichen Preislagen.	Mineralwasser-Fabriken Spezialfabrik nur alkoholf. Getränke, Sauerbrunnen, Limonaden Dr. G. Nickell Wakenitzstr. 6, Fernsprecher 1070.	Waschanstalt Lübecker Fein- u. Hauswäscherei L. Redden, Schützenstraße 43a.
Bäckereien E. Dose, Engelsgrube 54. Nicolaus Grotz Fack. Großbäckerei Alifstr. 32. Richard Gastian, Kl. Alleejahre 1 P. Johansen Konditorei Fischmarkt 31 H. Buegelsdorf, Dankwartsgrube 41 Bäck. u. Kond. empf. Bgl. Frische Backs.	Rob. Koosmann Beckergrube 34, Tel. 1210 Werkzeuge für sämtliche Gewerbe. Spezialität: Töpfer- und Fliesenansetzer-Werkzeuge. Franz Genzmer Fackenburg Allee 10b Fernsprecher 1031. Emil Seidel & Co. Burgstraße 40, Banbeschlüge, Ofen, Herde, Werkzeuge.	Fleisch- und Wurstwaren Ch. Hamann Schlachterei Markt 7 Kohlmarkt 4 Telefon 2923 Herm. Miljes Schüsselbuden Nr. 30 W. Pätow Dankwartsgrube 46. Herm. Spangenberg Schlachterei und Wurstfabrik Schwartzauer-Allee 59 Heinrich Kronsbein Travemündestraße 26, 28 : : Hansastraße 95 : : J. Raabe, Rosenstraße 31.	Kolonialwaren u. Kaffeeröst. Fritz Kruse Inhaber: Paul W. Pöttger Schüsselbuden 32, Fernspr. 569 Kolonialwaren - Versandhaus Spezialität: Kaffee in sämtlichen Preislagen. Carl Fr. Timm Nachf. Glockengießerstr. 16. Teleph. 2414 Größtes Geschäft der Lebensmittelbranche. Butter, Konserven, Mühlenfabrikat. Gr. Konsum. Kl. Preise.	Musikinstrument. Louis Rowedder 49 nur Huxstrasse 49 Piano-Hausmann Johannisstr. 14. Billigste Preise.	Mölln Brauerei zum Bulenspiegel Gebr. Waechter. Wilh. Lübcke Restaurant Lübecker Hof Klub- und Ballokal, Kegelbahn. H. Bruns Tabak, Zigarren, Zigaretten, Bahnhofstr. 13
Gesundheitsbrot Verlangt Simonsbrot Vollkornbrot a. reinem Roggen Maltextrakt und Zerkleinert - zusätzlich empfohlen - erhältlich in 50 Niederlagen.	Färberei, Chem. Reinigung Alw. Karstadt : Annahmestellen : in allen Stadtteilen Telefon 315 • Telefon 313 Färber Lehfeldt Johannisstraße 70 reinigt und bügelt Herren - Garderoben.	Fleisch- und Wurstwaren Ch. Hamann Schlachterei Markt 7 Kohlmarkt 4 Telefon 2923 Herm. Miljes Schüsselbuden Nr. 30 W. Pätow Dankwartsgrube 46. Herm. Spangenberg Schlachterei und Wurstfabrik Schwartzauer-Allee 59 Heinrich Kronsbein Travemündestraße 26, 28 : : Hansastraße 95 : : J. Raabe, Rosenstraße 31.	Korbwaren Karl Schulmerich, Mühlent. 28 Tel. 2052 Korbwaren Tel. 2052 Spz. Kinderwagen u. Korbmöbel Lederhandlung Johs. Goldt Dankwartsgrube 60. Lederhdl. u. Schuhmach.-Bed.-Art. Heinr. Schlüter Sohlleder-ausschnitt Glantorfstraße 7.	Obst und Gemüse Heinrich Warnecke Königstraße 64 Kartoffeln — Obst — Gemüse	Photographien Photogr. Atelier „Hansa“ G. m. b. H. vormals Samson & Co. Lübeck, Breitestr. 39.
Betten - Geschäft Pastes Karstadt Carl Karstadt's Ww. Huxstr. 18 Erstes Spezialhaus am Platze. Blumen u. Kränze Robert Mißling Breitestr. 55, Ecke Johannisstr. Blumenzücht. u. Pflanzenhandl.	Färberei, Chem. Reinigung Alw. Karstadt : Annahmestellen : in allen Stadtteilen Telefon 315 • Telefon 313 Färber Lehfeldt Johannisstraße 70 reinigt und bügelt Herren - Garderoben.	Garten-Sämereien Friedrich Michael Breitestrasse 49	Lichtspiele Neues Lichtspiel-Theater Breitestr. 13 neben Hansa-Café Größtes, am besten ventilirtes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.	Restaurants Restaur. Zum Goldenen Fass und Central-Herberge C. Schroeder, Lederstraße 3. Robert Müller Restaurant Moisinger Allee 57a H. Nupnan, Fackenburg Allee 76	Schwartau Adler-Drogerie Inh. N. Wohler Pflönerstr. 28. Drogen, Farben, Photo-Artikel, Artikelz. Kinder- u. Krankenpflege Rob. Bendt Beste u. billig. Bezugsquelle in Schuhwaren.
Herrenartikel Heinrich Waller Breite Str. 53. Spez. Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren Wäsche. Ernst Wehde Beckergrube 33 Hüte, Mützen.	Herrenartikel Heinrich Waller Breite Str. 53. Spez. Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren Wäsche. Ernst Wehde Beckergrube 33 Hüte, Mützen.	Hüte und Mützen Hut-Fabrik Adolph Brunker, Walmstr. 9. Jos. Tralow, Walmstr. 11 Inh. Ferd. Manfeld. Verfertigt v. Cylinder- u. Klapphüt. Ed. Hirsekorn : Sandstraße 20 :	Möbelmagazine Hintze & Stech Moisinger Allee 60 : : Telefon 1105 : Detail-Verkauf in der Fabrik gegen Barzahlung Herm. Rist Hunde-Str. 13. billigste Bezugsquelle Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.	Tapeten, Teppich. Schwane & Heelchen Königstraße 69 Möbelstoffe : : : : : : : : Gardinen	L. Schaap Manufakturwaren und Konfektion Aussteuerartikel, Nähmaschinen. Adler-Drogerie Inh. N. Wohler Pflönerstr. 28. Drogen, Farben, Photo-Artikel, Artikelz. Kinder- u. Krankenpflege Rob. Bendt Beste u. billig. Bezugsquelle in Schuhwaren.
Trinken Sie Hartwig's „Ideal“ Kaffee er schmeckt vorzüglich Preisliste 1.30 bis 2.- Mk., besonders kräftig Pfl. 1.50 Mk.	Trinken Sie Hartwig's „Ideal“ Kaffee er schmeckt vorzüglich Preisliste 1.30 bis 2.- Mk., besonders kräftig Pfl. 1.50 Mk.	Hüte und Mützen Hut-Fabrik Adolph Brunker, Walmstr. 9. Jos. Tralow, Walmstr. 11 Inh. Ferd. Manfeld. Verfertigt v. Cylinder- u. Klapphüt. Ed. Hirsekorn : Sandstraße 20 :	Möbelmagazine Hintze & Stech Moisinger Allee 60 : : Telefon 1105 : Detail-Verkauf in der Fabrik gegen Barzahlung Herm. Rist Hunde-Str. 13. billigste Bezugsquelle Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.	Thüringer Wurstfabrik Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik August Scheere, Lübeck Beim Retteich 14 Auf sämtl. Waren 4% Rabatt	Stockelsdorf-Fackenburg C. Preese Fahrräder, Nähmaschine und Reparaturwerkst. R. Spierling Binderei, Topfpflanzen etc. N. Junk Schuhwaren und Reparatur-Werkstatt. M. Voß Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Arbeitsgarderoben. G. Wackenbut, Sargmagazin.

Zementwucher bis 1925 gesichert!

Eben sind die mächtigsten New Yorker Geldgrößen aus Dutzenden von Aufsichtsräten wichtigster amerikanischer Aktiengesellschaften ausgetreten, um offiziell zu dokumentieren, daß sie die Antitrustbewegung der Regierung eigenhändig überflüssig machen. Es ist möglich, daß diese Maßnahme nur ein Bluff war, sachlich bleibt trotzdem unumstößlich, daß in Deutschland solche Konzeptionen an die öffentliche Meinung ausgeschlossen sind. Innerhalb der schwarzweißroten Grenzpfähle wird viel amerikanischer gewirtschaftet als im Lande der Streifen und Sternel. Der aktuellste Beweis für diese Behauptung ist die Neugründung des Rheinisch-westfälischen Zementverbandes.

Bekanntlich slog Oktober das alte Rheinisch-westfälische Zementyndikat, weil es sich überwuchert hatte, plötzlich auf. Die durch das Syndikat ins Grenzlose gesteigerten Preise und die damit ergiebig strömende Profitquelle hatte durch Jahre hindurch zu so viel Gründungen neuer Zementwerke verlockt, daß das Syndikat zuletzt die Ueberproduktion nicht mehr schlucken konnte. Den Außenseitern sicherte schon die geringe Unterbietung der Syndikatspreise gutes Geschäft, ohne daß sie sich dem Kartellterror unterworfen fühlen mußten. Zuletzt führte die allgemeine Verbandsverdrossenheit zur Explosion.

Interessant ist, welche Rolle daraufhin die Banken zu spielen begannen. Viele Zementwerke haben heute Kredite der Banken, eine ganze Anzahl Zementwerke leben und sterben mit dem Wohlwollen ihrer Finanzinstitute. Warum sollten da die Banken nicht den oft schon gegangenen Weg wieder einmal benutzen? Mancher fürstliche Außensteller ist durch nachdrückliche Beeinflussung durch seine Bank zum offiziell begeisterten Freunde des Kohlsyndikats oder Stahlwerksverbandes geworden. Die Banken nahmen sich also ihre Zementwerke vor. Der Schlüssel zum Erfolg war, daß man einen neuen Rheinisch-westfälischen Zementverband gründete, in den bis Ende 1925 alles hineingesteckt wurde, was voraussichtlich bis dahin die Entwicklung der Zementindustrie bringen wird. Das alte Syndikat hatte unter seinen Mitgliedern rund 8,9 Millionen Faß Zementproduktion verteilt, man vermochte aber nicht das ganze Kontingent abzusehen. Die neuen Verbandsmitglieder haben unter sich eine Gesamtproduktion von 21 Millionen Faß als festgelegte Produktionsmenge verteilt. Der Verband beginnt also mit 40 Prozent seiner offiziellen Leistungsfähigkeit, wenn man annimmt, daß er auch nur so viel absetzt, wie das alte Syndikat nicht los wurde. Kleine Werke hat der neue Verband der Einfachheit halber aufgekauft und stillgelegt. Geld zu diesem Zwecke und auch dazu, um die Majorität des früheren gefährlichsten Außenstellers anzukaufeu, erhielt man von befreundeten Zementverbänden, Banken und anderen Interessenten. Träger der Schuld ist natürlich der neue Verband, der sofort eine Erhöhung der Preise hat eintreten lassen, die bei der neuesten Zementverdingungen der Eisenbahndirektion 50 Mark gegenüber den vorjährigen Preisen beträgt. Den mächtigsten Gegner des alten Syndikats, den Direktor Kronenberg, der jahrelang mit dem „Meteor“-Zement die Preise brücte, hat man kurzweilig in die Leitung des neuen Verbandes gewählt; so ist man seiner sicher.

Alles in allem: Rheinisch-Westfalen, das klassische Land der größten Wucherverbände, ist seinem Ruhe treu

geblieben und hat jetzt auch wieder einen monopolistischen Zementverband. Die neue Vereinigung ist eifrig dabei, neue Verbindungen mit Bruderorganisationen anzuknüpfen. Die Berliner Zementzentrale hat, nachdem die Angst vor billigem westfälischen Zement grundlos geworden ist, die Preise um 35 Pfennig pro Faß erhöht — so wird vom Bauplatz das Fett abgeschöpft, den Arbeitern bleibt die schlechte Konjunktur.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 4. Februar.

205. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz Dr. Debrück. Präsident Kämpf teilt mit, daß die beiden Abgeordneten Büß und Hebel (Ztr.) heute morgen von einem Kraftfahrzeug überfahren und schwer verletzt in das Hedwigkrankenhaus gebracht worden sind. Er wünscht ihnen im Namen des Hauses baldige Herstellung und völlige Genesung.

Etat des Reichsamtes des Innern (die Anträge zum Vereinsgesetz.)

Auf der Tagesordnung stehen die zum Etat des Reichsamtes des Innern zum Vereinsgesetz gestellten Anträge.

Abrecht und Genossen (SD.) beantragen um folgende Abänderung des Vereinsgesetzes zu ersuchen:

1. Die Geltung landesrechtlicher polizeilicher Befugnisse über der im § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes bezeichneten Umfang hinaus ist unbedingt auszuschließen.

2. Anzuheben sind a) die Bestimmungen über die Anmeldung und Ueberwachung politischer Versammlungen, b) das Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen, c) das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen.

3. Die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen sind zu beschränken auf Vereine, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezwecken.

Die Abgg. Dr. Spahn und Genossen (Ztr.) beantragen um folgende Abänderungen des Vereinsgesetzes zu ersuchen:

1. Das Verbot des Gebrauchs einer nicht deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen wird aufgehoben.

2. Das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen wird beseitigt.

3. Das Recht der Polizeibehörden, Beauftragte in öffentliche Versammlungen zu entsenden, wird in einschränkendem Sinne klar gestellt.

4. Die Ausübung des Versammlungsrechtes wird gegen Verhinderung durch polizeiliche Anordnungen über die Polizeistunde geschützt.

5. Für die öffentliche Bekanntmachung einer Versammlung wird deren Bekanntgabe in einer Zeitung, die in dem betreffenden Reichstagswahlkreis herausgegeben wird, als genügend erklärt.

Die Abgg. Brandts und Genossen (Polen) beantragen im wesentlichen dieselben Forderungen, und außerdem, daß in einem Bundesstaat, in welchem ein oberstes Landgericht besteht, dieses in allen Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen verschiedene Paragrafen des Vereinsgesetzes für die Verurteilung und Entschädigung der den Oberlandesgerichten zugewiesenen Revisionen und Beschwerden ausschließlich zuständig sein soll.

Laszewski (Polen): Wir Polen wollen keine Gnade, sondern verlangen Gleichberechtigung. Bei uns legt man den Begriff der öffentlichen Versammlung so weit aus, daß schließlich nur noch eine Familie einen Verein bilden kann. Geschlossene polnische Vereinsgruppen werden überwacht, was ein Präventivverbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in solchen Versammlungen in sich schließt. (Zuruf bei den Polen: Unerhört!) Am Schluß einer Theaterveranstaltung mit Tanz dankte der Vorsitzende des polnischen Gewerbevereins in Schott den Schauspielern für ihre Mit-

arbeit, und er wurde wegen Gebrauchs der polnischen Sprache in einer öffentlichen Versammlung bestraft. (Lebh. Hört, hört!) Ein Antialkoholverein wurde für politisch erklärt mit der Begründung, die Polen predigten Enthaltensamkeit nur, um eine Generation groß zu ziehen, die das Polentum wieder aufrichte. (Lebh. Hört, hört! bei den Polen.) Fälle, wie der Fall Amundsen kommen auch bei uns vor, werden aber totgeschwiegen. Bei einer derartigen Handhabung des Vereinsgesetzes bleibt nichts übrig, als den Sprachenparagrafen und den Jugendlischen-Paragrafen zu beseitigen. — Der letzte Teil unseres Antrages soll eine gewisse Einheitlichkeit in der Rechtsprechung erzielen. (Bravo! bei den Polen.)

Legien (SD.): Bei der Beratung des Vereinsgesetzes erklärte der damalige Staatssekretär und jetzige Reichskanzler, daß allen kleinlichen Auslegungen des Gesetzes und schiefen Beschränkungen entgegengetreten werden solle. Dadurch haben die Liberalen, die wir vergebens warteten, sich verleiten lassen, dem Sprachenparagrafen und dem Jugendlischen-Paragrafen zuzustimmen — als ob der kleinliche preussische Polizeigeist mit der Schaffung dieses Gesetzes verschwinden könnte. Wie er sich geltend macht, zeigt eine Ueberfülle von Fällen. In Essen nahm die Polizeibehörde bei einer Hausdurchsuchung beim Transportarbeiterverband Abschriften der Mitgliederlisten und übermittelte sie der Eisenbahnbahnbeförderung. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Diese Handlung war nichts anderes als Diebstahl. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Gastwirten wird von der Militärbehörde, der Bahnverwaltung und der Polizeibehörde mit dem wirtschaftlichen Ruin gedroht, wenn sie gewerkschaftliche Versammlungen in ihren Lokalen dulden. Dabei hat der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg ein solches Verhalten ausdrücklich für Amtsmißbrauch erklärt. Bisher hat sich aber noch kein Staatsanwalt gefunden, der eingeschritten wäre. Gewerkschaftliche Versammlungen, die nicht melderpflichtig sind, sind doch auch natürlich nicht überwachungspflichtig. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat auf das Gegenteil erkannt; selbst Betriebsversammlungen erklärt es für überwachungspflichtig. (Hört, hört! bei den Soz.) Gewerkschaftliche Versammlungen und gewerkschaftliche Organisationen werden ohne weiteres für politisch erklärt, weil sie auf sozialpolitische Angelegenheiten einwirken wollen. Versammlungen eines Wahlvereins von 16000 Mitgliedern erklärt das Oberverwaltungsgericht für öffentliche, obwohl die Mitgliedschaft jedes Teilnehmers in der Versammlung festgestellt wird. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Wozu haben wir ein Vereinsgesetz, wenn solche klipp und klare Gesetzesbestimmungen einfach wegenterpretiert werden. Für die Beseitigung einer Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel wird in Sachen eine Gebühr erhoben. Wer hat daran wohl bei der Schaffung des § 7 des Gesetzes gedacht! Die Versammlungen unter freiem Himmel werden verboten, weil zu befürchten steht, daß die Versammlungen durch andere gestört werde! — Als ob die Polizeibehörde sich verpflichtet fühlt, das Versammlungsrecht der Staatsbürger zu verhindern, anstatt es pflichtgemäß gegen radikalistische Elemente zu schützen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat am 14. April 1913 die Vereinbarkeit der Landespolizeigesetzgebung unterstellt. Das ist ein völliger Widerspruch gegen die bis dahin geübte Rechtsprechung und leider mußten sich die Gerichte jetzt daran halten. Die Erwartung des Reichstags, mit dem § 3 des R. V. G. schikanöse Eingriffe der Polizei gegen politische Vereine, d. h. solche, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, auszuschließen, hat sich leider nicht erfüllt. Man erklärt jetzt alle Arbeiterportvereine u. dergl. m. für politisch, obgleich sie nur dieselben Zwecke haben wie die bürgerlichen Sportvereine. Die deutsche Turnerschaft hat mindestens ebenso sehr eine politische Richtung, wie die Arbeiterturnvereine. Es handelt sich da nur um verschiedene Weltanschauungen und es ist ein Rechtsbruch, wenn man jemand davon abhält, seine Weltanschauung auf Grund bestehender Gesetze zu vertreten. Aber man will das Volk, das im Gegensatz zur Re-

Die Honoratiorentochter.

Eine Erzählung von Edmund Hofer.

(41. Fortsetzung.)

Der Nachmittag war schon ziemlich vorgerückt, und die meisten hatten bereits ihren Kaffee erhalten, und zum Teil auch getrunken, als man durch die lichter stehenden Bäume bemerkte, daß ein Wagen am Eingange des Waldes hielt und ein Paar aussteigen ließ, welches langsam den von dort herführenden kurzen Weg herwanderte. Die zunächst stehenden glaubten bald den Adolfskaten Wehmann und seine Frau zu erkennen, die man in diesem Sommer noch nicht auf diesem Platze gesehen, und von denen man auch, seit sie vor fünf bis sechs Wochen aus der Stadt hinaus gezogen, wenig anderes erfahren hatte, als daß die Frau sich noch immer nicht ganz wieder zu erholen vermöge.

Man teilte sich dies mit und machte keine Bemerkungen, und der Kommandeur, der mit einigen seiner Familie befreundeten an einem der äußersten Tische saß, sagte verdrießlich: „Ich weiß nicht, wie es kommt, aber dergleichen Leute haben doch nie Lebensart, wenigstens nicht auf die Dauer. Es war am Ende leidlich taktvoll, daß sie nach dem widerwärtigen Aussehen, das ihre Märrchen gemacht, sich so lange retrire hielten, obgleich doch nur zu ihrem eigenen Vorteil, und während die Krankheit der Dame es für Unerwartetes ganz hübsch motivierte. Nun läuft die Natur mit dem Takt zum Teufel, und sie müssen sich einmal wieder aufdrängen, wo sie sich doch selber sagen können, daß sie vielen keine angenehme, noch nicht einmal eine wieder gleichgültige Erscheinung sind.“

„Da kommen Sie gut an, Major!“ bemerkte ein ältlicher, gar behaglich aussehender und so auch plzierter Herr in Zivil und ließ einen schlauen Blick von dem Kommandeur zu einer ihm gegenüber sitzenden Dame hinüber schweifen. „Meine verehrte Frau Gemahlin schwärmt neuerdings für diese ihre frühere Nachbarin — nicht wahr, liebe Lucie?“

„Schwärmen, mein Güter?“ versetzte die Dame, in der die Befehle jene gräßliche und ungenierte Frau von Scharfenstein erkennen werden, und zuckte leicht die Achseln. „Das würde ja etwas Uebertriebenes oder Unwahres voraussetzen, während doch von beidem keine Rede ist und ich der jungen Frau dort nur zuwende, was sie verdient, — warme Teilnahme wegen der Rücksichtslosigkeit, die man sich gegen sie erlauben zu können glaubte, und deren Folgen sie dem Tode nahe brachten, — und alle Achtung für die resolute Weise, in der sie nach der ersten Befestigung sich Rebanché für diese Rücksichtslosigkeit zu verschaffen wußte.“

„Das ist allerdings ärger, als ich gesüchtet, meine Gnädige!“ meinte der Major mit einer gewissen spöttischen Artigkeit. „Teufel auch, wenn Sie so denken und sprechen.“

„So wird das, glaub' ich, seine Geltung haben,“ unterbrach sie ihn in nachlässiger Tone und mit anschließend gar gleichmütigem Lächeln, als wolle sie dadurch das Herbe ihrer ersten Worte mildern. „Das Seltsame hat immer seinen Wert, lieber Major, nicht wahr? Und wenn Lucie Scharfenstein einmal ihre unbehagliche Bequemlichkeit so weit abhüttelt, um irgend ein Menschenkind mit ihrer Achtung oder Teilnahme zu beglücken, so können Sie darauf schwören, daß — sie liegt über den langen Tisch einen fofekten, aus Schmachten und Spott gemischten Blick hingeleiten — daß sie dafür Gründe hat und so viel Aufmerksamkeit und Gehorsam findet, wie Sie trotz aller Subordination und mit Ihren donnerndsten Worten bei Ihrem Bataillon niemals zu Wege bringen, lieber Major!“

„Gott behüte uns, das ist ja freizeitlich!“ jagte der Major lachend. „Solchen Einfluß sollte kein Einzelner haben dürfen! — Aber“, fügte er abbrechend hinzu und blinnte wie auch die Anderen zu dem jetzt sich nahenden Paare hinüber, „mit dem allem erfahren wir diese zwingenden Gründe nicht, meine Gnädige, — die Hauptache!“

„Sie sind noch keiner meiner rechten Anhänger, Herr Major, wie Sie auch sagen mögen! Sonst müßten Sie mir solche Anstrengung nicht zu. Aber sei es darum — also es sind: der Angriff auf sie — zu dem man hinter meinem Rücken auch mich zu verwenden suchte — und ihre tapferer Abwehr desselben, sobald sie erkannte, daß es kein ehrlücher oder scherzhafter. Ich bin eine andere Natur und hätte die Sache vielleicht anders aufgefaßt, allein ich weiß Ernst und Mäßigkeit in einem andern immer zu ehren. Endlich hat mich ihre Krankheit ergriffen und nun auch die Erkenntnis, daß ich recht gehabt, wenn ich von jeher geglaubt, daß es nur eines Anstoßes bedürfte, um die hübsche Frau zur Vernunft zu bringen und aus all der Kleinlichkeit als Dame vom besten Tone aufzuheben zu lassen. Es lehnte ihr nur die innere und äußere Einfachheit, und nun — sehen Sie sie an!“

„Ja, der Hofmann ist gedämpt, aber auf wie lange?“ bemerkte achselzuckend die große und magere Gattin des Kommandeurs.

„Bitte, liebe, er ist nur zum ruhigen und heiseren Stoß geworden, glaube ich, und der bleibt. — Bitte um Entschuldigung, meine Herrschaften!“ — Und sie erhob sich mit ungewöhnlicher Raschheit und trat Richard und Anna, die eben vorüber gehen wollten, heiter entgegen.

„Kanz!“ murmelte der Kommandeur, den Kopf schüttelnd und dennoch unwillkürlich lächelnd. Selbst er vermochte

der gräßlichen Frau nicht zu zürnen. Und Hamilton, der bisher, so viel es sein Phlegma erlaubte, mit der einen Tochter des Majors ziemlich lebhaft geplaudert hatte, ohne sich abscheulich um die Uebrigen zu bekümmern, wandte jetzt das Auge mit dem Glase davor Scharfenstein zu und sagte: „Möchte nur wissen, Scharfenstein, was in Ihre Frau seit kurzem hineingefahren. Wie ausgetauscht! So — menschenfreundlich — bah! Auf Ehre!“

„Alter Schab“, erwiderte achselzuckend und mit launigem Lächeln der behagliche Gatte, „da kommen Sie an den Anrechten. Sie wissen wohl, daß Frau Lucie keiner Menschenfeinde und am wenigsten mir Rechenenschaft von ihrem Meinen und Handeln gibt.“

Unterdessen stand die Beiprochene vor dem Paare und hielt in ihrer kleinen und feinen Hand die nicht größere und eben so schlaffe der „Honoratioren-Tochter“ und lächelte ihr wohlwollend in das, vor der sich wieder beseitzenden Gesundheit ruhig angehauchte Gesicht. „Nun, wirklich einmal wieder hergekehrt?“ fragte sie freundlich.

„Die Kräfte sangen endlich an, wiederzukehren“, versetzte Richard für seine Frau, welche noch immer mit einiger Besorgtheit war der Dame stand, die sie so lebhaft an die trübsüchtigen und gefährlichsten Stunden ihres Lebens erinnerte und die sie im Verdacht der Mitwisserschaft gefaßt, bis Lucie mit ihrer ganzen ungenierten und bezaubernden Weise zu ihr in die neue Wohnung hinausgenommen war und ihr auch mündlich die Teilnahme ausgesprochen hatte, welche sie während der Krankheit auf alle mögliche Weise bewiesen. „Sie haben mir von jeher gefallen“, hatte sie offen gesagt, „und es war mir eine Freude, als wir uns endlich trafen, Anna. Ich merkt' es wohl, daß Bogelsberg sich für Sie interessierte, und, lieber Gott“, legte sie lachend hinzu, „weshalb sollte er das nicht? Dem geschah dadurch ein Unrecht, selbst wenn Sie dieses Interesse duldeten? Ich kann Ihnen nicht helfen, so den? Ich einmal und bin demnach vernünftiger und viel besser, als mich all die bösen Mäuler hinstellen. Sehen Sie, und der Bogelsberg war wirklich ein guter Junge, — weshalb sollte ich ihm nicht einmal die unschuldige Freude machen, mit Ihnen zusammen zu sein? Ich weiß es aus eigener Erfahrung, daß es bei solcher Gelegenheit stets von uns selber abhängt, wie weit der Mann gehen darf und zu gehen magt. Und ich kannte Sie als vernünftige Frau und — hatte keine Ahnung, daß der Herr Leutnant einen Plan hatte. Glauben Sie mir das? Lucie Scharfenstein ist ein leichtsinniges Geschöpf, aber schlecht ist sie nie gewesen, noch weniger perfid, und wo es eine andere Frau zu vertreten galt, hat sie den Männern gegenüber stets aufs entschlossenste Front gemacht.“ (Fortsetzung folgt)

gierung sieht, nach dem Willen der Regierung zwingen. Die christlichen und Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften erklären sich nicht für politisch, wohl aber die, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören. Wozu sollten unsere Gewerkschaften sozialdemokratisch sein? Dazu haben wir ja die sozialdemokratische Partei, die oftmals, auch durch den Mund Bebel's, die Gewerkschaftsbewegung als eine nicht politische Massenbewegung erklärt hat. Die Polizeiverwaltung Thorn hat in der Rundfrage über den Charakter der Gewerkschaften eine Zahlstelle als politisch erklärt, weil ihre Leiter Sozialdemokraten sind, und dabei hatte das Landesgericht Thorn einige Monate vorher die Zahlstelle für nichtpolitisch erklärt! (Hört, hört! bei den Soz.) Derartige Polizeiauskünfte sind geradezu einer Verletzung der Zeugnispflicht gleichzusetzen. Der Königsberger Polizeipräsident beweist in seiner Auskunft, daß er noch nicht einmal weiß, daß die Generalkommission schon vor 9 Jahren von Hamburg nach Berlin verlegt wurde. Aus Danzig schickt die Polizei ein Handelskammergutachten ein, worin der größte Kohl enthalten ist, wie z. B., man habe nicht feststellen können, ob in Danzig ein eigenes Verbandsorgan existiere und daß die Mitglieder in ihren sozialdemokratischen Vereinen sogenannte Marken tragen! (Heiterkeit bei den Soz.) In Mainz hat man die Auskunft vom Arbeitgeber-Schutzverband eingeholt! Besonders interessant ist das Gutachten des Berliner Polizeipräsidenten, der ja durch seine juristischen Gutachten überhaupt berühmt ist. (Heiterkeit.) Er erklärt den Holzarbeiterverband für politisch, weil er gegen seine Erklärung zum politischen Verein Einspruch erhoben hat. (Hört, hört!) Sogar die Stellungnahme in reinen Berufsfragen, wie z. B. zur Feuerschutz in der Cellulosebranche, wird als politische Tätigkeit bezeichnet. Was müßte da alles politisch sein! Es gibt doch gar keine Interessentenverbände, die nicht schon in ähnlicher Weise Berufsfragen beraten hätten. — Bei Besprechung einer Entscheidung des Berliner Polizeipräsidenten, wonach Jugendversammlungen als dem Strafgesetze, nämlich einer Strafbestimmung des R. V. G. zuwiderlaufend, hingerichtet werden, fragt der Redner, was größer sei, Jagows juristische Kenntnis oder sein Mangel an Gewissenhaftigkeit. (Vizepräsident Paasche mahnt den Redner zur Mäßigkeit.) Ich überlasse das Urteil dem Hause. Der Polizeipräsident behauptet auf Grund der Angaben christlicher und gelber Organe, daß einzelne Zahlstellen Gelder an die sozialdemokratische Parteiführung abliefern, und auf Grund solcher Auskünfte haben manche Gerichte verurteilt. In einer anderen Auskunft erklärt Polizeipräsident v. Jagow, der Zimmererverband sei politisch, weil Vertreter der Generalkommission an Beratungen des Parteivorstandes und des Groß-Berliner sozialdemokratischen Aktionsausschusses teilnehmen. Ist das nicht gleichzustellen einer unwahren eidlichen Aussage vor Gericht? (Vizepräsident Dove: Wollen Sie direkt behaupten, daß der Polizeipräsident unter Eid die Unwahrheit gesagt hat?) Ich habe erklärt, ich betrachte ein solches Gutachten an ein Gerichte ähnlich wie ein eidliches Sachverständigengutachten. (Vizepräsident Dove: Es handelt sich also nicht um eine wirkliche Verleumdung? — Heiterkeit.) Wenn der Polizeipräsident dem Recht Geltung verschaffen wollte, dürfte er nicht solch unwahre Gutachten abgeben. Er beruft sich z. B. darauf, daß 16 hervorragende Gewerkschaftsführer sozialdemokratische Mitgliedsabgeborene sind. Dann sind aber doch die christlichen Gewerkschaften auch politisch, denn ihre Führer Giesbers und Schiffer sind Zentrumsabgeborene! Aus dem gemeinsamen Flugblatt der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wegen der Arbeiter Vorgänge schließt der Polizeipräsident den politischen Charakter der Gewerkschaften, die doch an diesen Vorgängen sehr interessiert waren. Wenn also Traugott v. Jagow und Fürstbischof Ropp gemeinsam ein Flugblatt gegen die Gewerkschaften erließen, so würde damit der Polizeipräsident von Berlin katholisch geworden sein. (Große Heiterkeit.) Der Zweck des ganzen Vorgehens ist offenbar, den Gewerkschaften die jugendlichen Mitglieder zu nehmen. Nun, die Gewerkschaften haben 25 Jahre lang vor dem R. V. G. den Kampf gegen das reaktionäre Gesetz von 1850 geführt, sie sind dabei nicht schwächer geworden, und wir werden auch diesen Kampf aufnehmen. Wir werden für all unsere 15 000 Zahlstellen in Deutschland gerichtlich feststellen lassen, ob sie politisch sind. — Uns liegt gar nichts daran, die 15jährigen jungen Leute mit politischen Ideen vollzustopfen, wir wollen ihnen ihre Jugendjahre erhalten, aber die jungen Arbeiter können im wirtschaftlichen Kampf von großer Bedeutung sein, so z. B. die sogenannten Rollmöpfe im Transportarbeiterverband. Unsere Jugendbewegung ist nur eine Abwehr gegen das Bestreben der bürgerlichen und konfessionellen Jugendvereine, die Arbeiterkinder ihrer Eltern zu entfremden. In den bürgerlichen Jugendorganisationen werden politische und sozialdemokratische Vorträge unbeanstandet gehalten, gegen unsere Jugendorganisationen greift man zu dem Gemeinsten, zur Verungung junger Leute als Spitzel. (Sturm. Hört, hört! bei den Soz.) Alle Organisationsarbeiten der Arbeiterjugend werden für andere Ideen mehr als unsere Agitation. Die bürgerlichen Parteien aber begehen eine unverzeihliche Sünde, wenn sie diese Verfolgungen weiter dulden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nicht Recht, sondern frühe Rechtebewegung wird gegen uns angewendet. Mögen die bürgerlichen Parteien sich machen, was sie 1895 bei der Schaffung des R. V. G. gewünscht haben! Die Zeitgeschichte lehrt, daß herrschende Klassen die aufstrebenden Klassen mit Rechtsbewegungen entgegenstellen, stets hinweggeleitet werden. Auch für Deutschland wird die Zeit kommen, wo das Bürgerrecht an Stelle dieser frühe Rechtebewegungen treten wird! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Marx (Zur.): Für die Sozialdemokratie gibt es gar kein wirksameres Agitationsmittel, als eine Handhabung und Auslegung des Vereinsgesetzes, die zu solchen Vergehungen Anlaß gibt. Deshalb sollten die bürgerlichen Parteien überlegen, ob es nicht Zeit ist, das Gesetz freibeitlich auszubauen. Wenn auch gegen die christlichen Gewerkschaften und Vereine nicht je vorgegangen wird, wie gegen die freien Gewerkschaften, so verurteilen wir das Unrecht, gegen wen es auch geschieht. Solche gezielten Auslegungen können sehr wohl auch gegen soziale Organisationen angewandt werden. Die Sozialdemokraten haben übrigens doch selbst auf dem Standpunkt, Partei und Gewerkschaft sind eins. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verlangen weiter die Aufhebung des Sprachparagrafen. Dieser hat alles vernichtet, was an freibewilligen Ausbaue durch das Vereinsgesetz geschaffen worden ist. Ich erinnere nur an den Fall Amundsen. Wie kleinlich wieder der große preussische Staat, der mit solchen Mitteln die Staatsgewalt zeigen will. Die Reichstags Jugendbewegung ist politisch. Berlangungen verlangen wir als Gegenwehr gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung. (Zur im J.) Die Verjährung der Ansprüche, keinen Verein beizutreten, steht im Widerspruch mit dem Koalitionsrecht. (Sehr richtig! im J.)

Wiederholer Dewald: Die Auslegung des Vereinsgesetzes liegt bei den einzelnen Bundesstaaten. In einem Einzelfall in einzelnen Fall hat die Reichsregierung keine Handhabe. (Laut bei den Soz. Zurufe: Recht der Beurlaubung!) Das Recht der Beurlaubung kann nur dazu dienen, daß der Reichstagsler sich mit einer einzelnen Regierung in Verbindung setzt, nach deren Auslegungsbefugnissen mit dem Gesetz nicht in Einklang zu stehen können.

Aber die Ausführungsbestimmungen sind sämtlich von dem Wunsch getragen, das Vereinsgesetz in einem lokalen von Schikanen freien Sinne auszuführen. (Stürmische Heiterkeit links.) Charakteristisch ist auch, daß die Behörden gegen die Exekutivbehörden fast verschwunden sind und daß sie sich heute hauptsächlich gegen die Auslegung des Gesetzes durch die Gerichte wenden. Es hat sich doch eine große Sicherheit der Auslegung des Gesetzes herausgebildet und das Vereinsgesetz bürgert sich ein. (Zuruf bei den Soz.: Das Recht wird gebugt.) Die Gerichte begehren keine Rechtsbrüche. (Widerpruch bei den Soz.) Zur Forderung der Aufhebung des Sprachparagrafen haben die verbündeten Regierungen ihren ablehnenden Standpunkt nicht geändert, der Fall Amundsen kann dazu auch nicht beitragen. Wenn geklagt wird, daß wirtschaftliche Vereine für politisch erklärt wurden, so kommt es doch nicht auf die Satzungen eines Vereins an, sondern darauf, was er tut. Auch Turn- und Gesangsvereine können sehr wohl politische Vereine sein. (Lachen bei den Soz.) Der Arbeiter-Turnverband ist erwachsen aus dem politischen Klassenkampfgedanken. Die Turner werden aufgefördert für sozialdemokratische Kandidaten zu agitieren. (Hört, hört! rechts! Zuruf bei den Soz.: Was machen denn die Kriegervereine?) Unsere nationale Turnerschaft steht politischen Betrachtungen im einzelnen vollkommen fern. (Lachen bei den Soz.) Ich will durchaus nicht apodiktisch behaupten, daß alle freien Gewerkschaften sozialdemokratisch sind. Darüber haben die Gerichte im einzelnen frei und unabhängig zu entscheiden. Was den Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Berliner Schuhmannsvereinigung betrifft, so hat der Staatssekretär schon früher dargelegt, daß der § 1 des Vereinsgesetzes nicht das Disziplinarrecht der Behörde aufhebt. So gut wie der Bischof eine Vereinigung von Klariern verbieten kann, kann es die Disziplinarbehörde gegenüber ihren Beamten. Für die Schuhmannschaft einer so großen Stadt müssen ganz besondere Regeln gelten. In London wurde ebenfalls eine Schuhmannsvereinigung fast mit derselben Begründung wie in Berlin verboten. Die englische Presse hat diesen Erlaß sehr wohl verstanden mit Rücksicht auf die Gefahren eines Polizeistretzes für die öffentliche Sicherheit. Was die Statuten sagen, steht auf dem Papier, was aus der Sache später wird, kann niemand wissen. Hebung des Standes kann man ihrankulos auslegen. Die 8000 Schulkinder müssen immer fest in der Hand der Staatsregierung sein. Wenn der Vorredner Polizeipräsident von Berlin wäre, würde er die gleiche Verordnung erlassen. (Lebh. Beifall rechts.)

v. Witt (A.): Wir halten fest am Reichsvereinsgesetz und sehen jede Abänderung ab. Wir begrüßen es, daß es auf Grund des R. V. G. möglich war, die sozialdemokratische Jugendbewegung mit Erfolg zu bekämpfen; erst diese Bewegung hat die nationale Jugendbewegung hervorgerufen, die keine Politik treibt, sondern nur die Jugend erziehen will am Vaterland und am angestammten Herrscherhaus festzuhalten, damit unsere Jugend in das Heer sittlich fest eintritt. (Bravo rechts.)

Mertin-Dels (Kf.): wendet sich ebenfalls gegen die Angriffe. Die Rechte der Polizei sind nach dem R. V. G. wirklich nicht übermäßig groß. Der Sprachparagraf darf nicht geändert werden, hat doch sogar im Elsaß ein Postbeamter mit einem Hauptmann französisch gesprochen! Und im Osten stellen sich die polnischen Zeugen, als könnten sie nicht deutsch. Die Jugend muß frei bleiben von Politik! (Bravo! rechts.) Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 1 Uhr verlagert. Schluß 6 1/2 Uhr.

Über die Genehmigung von Tarifverträgen im Baugewerbe

wird uns geschrieben: Am 30. Januar wurden von den am Vertragsverhältnis im Baugewerbe beteiligten Organisationen wiederum 28 Verträge unterzeichnet und zwar für folgende Orte: Altenburg, Barmstedt, Borsdorf, Döbeln, Elmshorn, Fillehne, Gr.-Eisingen, Harzburg, Heiligenhafen, Königswusterhausen, Kurnitz, Mogilno, Naumburg, Neudalsleben, Pinne, Winneberg, Rogasen, Samter, Schmolln, Schrimm, Schroda, Schwerin-W., Stralsund, Streitow, Wolfenbüttel, Wronke, Zirke, und Zirndorf.

Daran beteiligt sind: der Bauarbeiterverband allein einmal, in Gemeinschaft mit dem Verband der Zimmerer 13mal und mit der christlichen Organisation fünfmal. Der Verband der Zimmerer ist ebenfalls einmal allein beteiligt. Alle drei Organisationen sind gemeinschaftlich an drei Verträgen beteiligt. Unter einem Vorbehalt, der einige Abänderungen betrifft, wurden weiter noch unterzeichnet die Verträge in Hohenhausen, Kaiten, Kassel, Obornitz und Patsch, an denen der Bauarbeiterverband in drei Fällen beteiligt ist.

Die Verträge für Meerane, Stadt Odenburg und Weisrode wurden vom Arbeitgeberbund beanstandet, der für Meerane auch in einem Punkt vom Bauarbeiterverband; der Vertrag für Hohenhausen wurde vom Verband der Zimmerer beanstandet.

Die glatte Erledigung der Vertragsabschlüsse stößt auf Unternehmenseite immer wieder auf den größten Widerstand. Die Unternehmerverbände suchen jeder für sich im Trauben zu sitzen, und sie versuchen, sich möglichst lange um den Vertrag herumzudrücken. Wenn es nicht gar zu ernst wäre, könnte man mit Befriedigung zusehen, auf welche Gedanken die Unternehmer verfallen, nur um es zu keinem Vertragsabschluss kommen zu lassen. So sind in Thüringen bereits 22 Verträge schriftlich unterzeichnet worden. Ueber die bei einigen vorhanden gewesenen Unstimmigkeiten hat das Tarifamt bereits am 6. September vorigen Jahres endgültig entschieden. Bergeleitet zur Unterzeichnung sind sie in den Zentralverbänden niemals worden. Man hat sie einfach zurückgehalten. Auf wessen Veranlassung das geschehen ist, kann nur der Vorstand des Unternehmerbundes sagen. Jetzt kommt der Bezirksunternehmerverband her und verlangt auf Grund einer viel später getroffenen Entscheidung des Haupttarifamts nachträglich eine Änderung der Verträge, über die das Tarifamt doch endgültig entschieden hat und über die die Parteien sich längst einig waren.

Die Unternehmer in Pommeren pfeifen einfach auf die Entscheidungen des Haupttarifamtes. Dieses hatte am 12. Dezember vorigen Jahres für eine Anzahl Orte in Pommeren die Vertragspflicht der Unternehmer ausgesprochen. Nach der Entscheidung mußte innerhalb 14 Tagen ein Vertrag geschlossen werden. Der Bezirksunternehmerverband antwortet darauf in einem Schreiben, daß er nach wie vor den Standpunkt einnimmt, einen Vertrag nicht zu schließen, wenn auch das Haupttarifamt einen gegenseitigen Standpunkt vertritt. Und als Antwort auf eine weitere Mahnung zum Vertragsabschluss heißt es sogar, daß der Abschluß eines Vertrages nur im Frieden im Baugewerbe hervorzuziehen werde und man es grundsätzlich ablehne, für eine Anzahl Orte Verträge abzuschließen. Trotzdem bleiben diese Herren Mitglieder des Unternehmerbundes, der Unternehmerorganisation, die bei der Lohnbewegung im vorigen Jahre so sehr darauf drang, daß die Verträge sich über alle Orte in Deutschland erstrecken müßten.

Am tollsten treiben es die Unternehmer in Mecklenburg. Der Unternehmerbund hat bei den Untertariffen im Haupttarifamt eine Entscheidung durchgesetzt, wonach die Organisationen unter allen Umständen geschlossen

sind, bei Vertragsabschlüssen mit anderen Organisationen oder einzelnen Unternehmern, die dem Bunde nicht angehören, sich an das mit dem Unternehmerbund vereinbarte Vertragsmuster samt Hauptvertrag zu halten. Sogar diejenigen Verträge, die inzwischen anders abgeschlossen sind, wollte er für ungültig erklärt haben. Was machen die Unternehmer in Mecklenburg? Als Organisation schließen sie mit den Arbeiterorganisationen einen Vertrag ab, als einzelne Unternehmer suchen sie aber die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu bewegen. Schon bei den zentralen Verhandlungen im Vorjahre über die Festlegung der Löhne wurde eine solche Handlung der Unternehmer für unzulässig erklärt. Das hindert die Unternehmer nicht im geringsten, es doch immer wieder zu machen. Kein Bezirksunternehmerverband hat so viel Angelegenheiten vor das Haupttarifamt zu bringen, als gerade der mecklenburgische. Und der Vorstand des Deutschen Unternehmerbundes für das Baugewerbe läßt das ruhig geschehen, ohne seine Mitglieder darüber zur Ordnung zu rufen, wie es sich doch gehören würde. Ein netter Vertragskontrahent!

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifbewegungen im Gärtnerberuf. Im Frühjahr laufen drei umfangreiche Tarifverträge in der Gärtnerei ab, dessen Hauptträger der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein (Zentralverband) ist. Am 15. März erlischt der 1910 abgeschlossene Vertrag für die Hamburger Landschaftsgärtnerei, am 20. März der 1911 abgeschlossene Vertrag für die Düsseldorf-Landschafts- und Handelsgärtnerei und am 15. März der 1911 abgeschlossene Vertrag für die Münchener Landschaftsgärtnerei. Diese drei Verträge regeln die Arbeitsverhältnisse von rund 800 Personen. — Der jetzige Tariflohn für Wollarbeiter beträgt in Hamburg 58 Pfg. für die Stunde, in Düsseldorf 50 Pfennig, in München 54 Pfg.

Abwehrkampf der Schneider in Gotha. Die Großstädterarbeiter bei der Firma Rosenblatt in Gotha befinden sich in einem Abwehrkampf wegen Lohnreduzierungen. Mehrmals hat die Firma bereits Lohnkürzungen vorgenommen. Jetzt haben 24 Schneider die Kündigung eingereicht. Gelingt es in der achtstägigen Kündigungsfrist nicht, eine Einigung zu erzielen, so werden die Schneider und mit ihnen auch die 40 übrigen im Betriebe tätigen Personen die Arbeit einstellen. Die Firma beschäftigt außerdem eine große Anzahl Heimarbeiter, sie läßt auch viele Arbeiter auswärtig (u. a. auch in Stettin) anfertigen. — Da die Firma durch Inserate in auswärtigen Blättern schon Schneider sucht, so sei hiermit vor Zugang besonders gewarnt.

Troßende Ausperrung in der Schuhindustrie in Speyer. Die von der Firma B. Roos in Speyer angekündigte Ausperrung scheint größeren Umfang anzunehmen. Die Firma hatte bereits 170 Arbeiter gekündigt; am Sonnabend haben nochmals 60 Arbeiter ihre Kündigung erhalten, sodas jetzt schon 230 Arbeiter bei der Ausperrung in Betracht kommen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Knappheitswahlen im Ruhrgebiet. Am 31. Januar fanden in 7 Sprengeln des Ruhrgebiets Knappheitswahlen statt, die durch die Aufteilung zu großer Sprengel nötig geworden waren. Im christlichen Gewerksverein herrschte schon Jubel. Am Wahltag soll Jahrtag sein, so schrieben sie in ihren Flugblättern. Doch es kam anders, als sie meinten. Von den 7 Sprengeln holte der Verband 4, die Christlichen 2 und die gelben Werkvereiner einen. Die abgegebene Stimmzahl verteilte sich folgendermaßen: Verband: 1060, christl. Gewerksverein: 474, poln. Berufsverein: 161, Gelbe: 413. In einigen Sprengeln gingen die Christlichen mit den Gelben zusammen, in einem Sprengel Christliche und polnische Berufsvereinigung. In der Stimmzahl ist ersichtlich, daß die Gelben die Stellung der Christlichen nach und nach einnehmen.

Kartellvertrag zwischen Holzarbeiterverband und Transportarbeiterverband. Der Holzarbeiterverband hat, wie zuvor schon mit dem Fabrikarbeiterverband, jetzt auch mit dem Transportarbeiterverband einen Kartellvertrag abgeschlossen, der den Zweck haben soll, das gegenwärtige Organisationsgebiet abzugrenzen und die so wenig angenehmen „Grenzstreitigkeiten“ zu beseitigen. Das Zuständigkeitsgebiet beider Organisationen ist durch nachfolgende Vereinbarung festgelegt: Zum Zuständigkeitsgebiet des Transportarbeiterverbandes gehören diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Holzindustrie, die beim Transport und bei den unmittelbaren Vorbereitungen zum Transport von Rohholz von und zu den Lagerplätzen und von Industrieprodukten zu deren Abnehmern beschäftigt sind. Ferner die ausschließlich im Holzhandel beschäftigten Arbeiter, einschließlich der Plagarbeiter, desgleichen die in den Fabrikationsbetrieben dauernd im Lagerraum und als Packer beschäftigten Arbeiter, mit Ausnahme der Kistenmacher und solcher Arbeiter, die in ihrer Eigenschaft als Holzarbeiter (Tischler usw.) beim Baden beschäftigt sind und deshalb zum Holzarbeiterverband gehören. Zum Zuständigkeitsgebiet des Holzarbeiterverbandes gehören alle in der Holzbearbeitung, einschließlich der Sägereien und Hobelwerke, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Soweit es sich um Holzlager und Handelsgeschäfte handelt, die mit Fabrikationsbetrieben, Sägereien usw. verbunden sind, gehören die Plagarbeiter, die regelmäßig, wenn auch jeweils nur auf kürzere Zeit, auch zur Hilfeleistung an den Maschinen herangezogen werden, gleichfalls zum Holzarbeiterverband. Ferner alle Plagarbeiter auf solchen Holzlagerplätzen, die zu Möbel-, Fabrik- oder anderen Holzwarenfabriken gehören und dem eigenen Bedarf derselben dienen, desgleichen diejenigen Arbeiter, die mit dem Transport des Holzes an die Maschinen oder von den Maschinen zurück beschäftigt sind, alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben der Holzindustrie, sowie auch die Holzarbeiter aller Art, die in Handelsgeschäften in ihrem Berufe tätig sind. Als zur Holzindustrie gehörig zählen auch diejenigen Betriebe, die statt Holz andere Rohstoffe (Gummi, Horn, Bein usw.) verarbeiten, deren Arbeiter und Arbeiterinnen aber in Ansehung ihres Berufes als Drechsler, Bürstenmacher usw. gleichfalls dem Holzarbeiterverband angehören. Den vertraglichen Bestimmungen entsprechend soll der Austausch der Mitglieder, die nach diesen Bestimmungen zum andern Verband überzutreten haben, sofort erfolgen. Als Schlichtungsinstanz für etwa aus dem Kartellvertrag entstehende Differenzen sind die beiderseitigen Zentralverbände vorgesehen.

Lehrerstreik in England. Nachdem die Lohnbewegung des englischen Lehrerverbandes in mehreren Grafschaften friedlich und mit dem Sieg der Lehrer endete, ist es doch in der Grafschaft Hereford zum Streik gekommen. Am 2. Februar mußten mehr als achtzig von hundertundzwanzig Schulen geschlossen bleiben, weil die 80 Oberlehrer und 150 Lehrer, deren Kündigung an diesem Tage abgelaufen war, nicht hatten ersetzt werden können. Die Lehrer verlangen Gleichstellung mit ihren Kollegen in anderen Teilen des Landes, d. h. ein Minimalgehalt von 2000 Mk. für Oberlehrer und 1800 Mk. für Oberlehrerinnen usw.

Der Londoner Bauarbeiterstreik ist unverändert. Die Zahl der Beteiligten dürfte jetzt 50 000 übersteigen, doch ist eine genaue Feststellung darüber bei der großen Organisationszersplitterung noch nicht möglich. Alle in Betracht kommenden Gewerkschaften stehen geschlossen hinter den Streikenden und wird der Kampf zweifellos eine weitere Zusammenfassung der Kräfte, die durch die Gründung der Bauarbeiter-

Widerstand schon begann, herbeizuführen. — Am Sonntag fand auf dem historischen Trafsplatz eine Demonstration von rund 60 000 Bauarbeitern statt, die auch gegen die südafrikanischen Vorgänge Protest einlegte.

Mehr Arbeiterschutz an den Holzbearbeitungsmaschinen.

Der Holzarbeiterverband hatte bekanntlich im Interesse eines durchgreifenden und weitestgehenden Unfallsschutzes eine Unfallausstellung veranstaltet, die in mehreren Städten ausgestellt, das öffentliche Interesse erweckte und auch auf der Bauausstellung in Leipzig im Jahre 1913 beachtliches Aufsehen erregte. Um zu illustrieren, wie besonders die gefährlichen Maschinen die Hände der Arbeiter bedrohlich machen, wurde das erschütternde Bild der Abstimmung in einer Maschinenarbeiterversammlung dargestellt, das zeigt, daß fast alle Maschinenarbeiter verfallene Hände haben. Die Klagen der Arbeiter haben zwar vorübergehend Interesse und Mitleid erweckt, von den Behörden zur Überwachung des Arbeiterschutzes aber hört man nicht, daß sie Versuche machen, dem Uebel selbst, dem mangelnden Unfallschutz, wirksam zu steuern.

Im Jahre 1911 kamen nach den Berichten der Berufsgenossenschaften im Gesamtdurchschnitt auf je 1000 Holzarbeiter 8,14 entzündliche, also schwere Unfälle. Für die Holzindustrie allein betrachtet, ergaben sich jedoch auf je 1000 Holzarbeiter 10,85 schwere Unfälle. In der Süddeutschen Holzberufsgenossenschaft betrug die Unfallziffer 14,22 und in der Bayerischen sogar 15,17.

Um für die Ausgestaltung des Unfallsschutzes zu wirken und die Mithilfenden sowie die geschädigten Körperschaften auf die wichtigen Aufgaben, die hier der Lösung harren, hinzuweisen, hat der Vorstand des Holzarbeiterverbandes eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ widmet in ihrer letzten Nummer dieser Materie mehrere eindringliche Artikel.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat an Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, Maßnahmen zu veranlassen, die geeignet sind, die drohenden Gefahren für Leben und Gesundheit der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter herabzumindern. Die in dieser Petition erhobenen Forderungen lauten:

1. Durchführung der Gewerbeaufsicht durch das Reich.
2. Vermehrung der Aufsichtsorgane bei den Gewerbeinspektionen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller Betriebe zu ermöglichen.
3. Anstellung von Gewerbebeamten aus den Kreisen der Arbeiter.
4. Gewährung polizeilicher Strafbefugnis an die zur Beaufsichtigung der Betriebe angestellten Gewerbe- und Aufsichtsbeamten.
5. Festsetzung eines Maximalarbeitstages von zehn Stunden für alle Betriebe der Holzindustrie und Herabsetzung desselben innerhalb gesetzlich zu bestimmender Frist auf acht Stunden.
6. Verbot der Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen, in Sägewerken und an Holzlagerplätzen.
7. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen.
8. Einführung von Pflichtunterrichtskursen für alle Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen über Unfallverhütung an den Maschinen und Anwendung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen.

In die Gewerbeinspektionen richten die Maschinenarbeiter durch ihre Organisation folgende Wünsche:

1. Veranstaltung von Vorträgen in Arbeiterkreisen über Arbeiterschutz und wirksame Anwendung von praktischen Schutzvorrichtungen.
2. Zuziehung von Maschinenarbeitern bei Revision der Betriebe.
3. Vornahme der Revision während der Arbeit, und zwar unangemeldet und nicht in Begleitung der Arbeitgeber.

Den für die Holzbearbeitung in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften sind nachstehende Forderungen der Maschinenarbeiter unterbreitet:

1. Vermehrung der Aufsichts- und Kontrollorgane in der Weise, daß wiederholte und gründliche Revisionen sämtlicher der Berufsgenossenschaften unterstellten Betriebe alljährlich möglich sind.
2. Anstellung von Betriebskontrolleuren aus den Kreisen der Maschinenarbeiter.
3. Erweiterung der Vorschriften über die Anbringung von Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen und strengere Maßnahmen zur Durchführung dieser Vorschriften.
4. Anwendung hoher und wiederholter Geldstrafen gegen Unternehmer, die den erlassenen Vorschriften zuwiderhandeln.

Es findet außerdem in der Woche vom 8. bis 11. Februar in allen Zastellen des Holzarbeiterverbandes eine nachhaltige Versammlungsagitation statt, damit die Holzarbeiter selber in Massen die von ihrem Verband unternommene Aktion unterstützen und damit den eigenen Kollegen die Bedeutung eines wirksamen Unfallsschutzes vor Augen geführt werden kann. Auch die Zentralkommission der Maschinenarbeiter macht eine Reihe von Vorschlägen, wie in Zukunft die Werkstattvertrauensleute, die Sektions- und Zastellenleitungen und die sonstigen Instanzen des Verbandes sich dem Streben nach Unfallschutz und Unfallverhütung am wirksamsten widmen können. Mögen es die Maschinenarbeiter selber an der nötigen Mitarbeit nicht fehlen lassen.

Die unausgesetzten Bemühungen des Holzarbeiterverbandes, für einen wirksamen Schutz der Maschinenarbeiter zu sorgen, muß man anerkennen, es geht daraus wieder von neuem hervor, welche gründliche und nachhaltige Interessenvertretung die Arbeiter in ihren Gewerkschaften haben. Vereinte Arbeit und Kraft muß schließlich auch hier zum erstrebten Ziele führen.

Soziales.

Berliner „Arbeitslosenversicherung“. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragten, 500 000 Mk. aus künftigen Mitteln zur Unterstützung der Berliner Arbeitslosen zu bewilligen. Der zur Vorberatung dieses Antrages niedergesetzte Ausschuss, der unter Vorsitz des liberalen Stadtverordnetenvorsitzers Stellvertreter Cassel arbeitete, hat nun beschlossen, den Magistrat zu ermächtigen, 300 000 Mark zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Personen, die infolge wirtschaftlichen Niederganges in vorübergehender Not geraten sind, in den Etat einzustellen. Der Betrag der Darlehen, die an eine Person gegeben werden, darf 40 Mk. im Gesamtbetrag nicht übersteigen. Außerdem ist aber Voraussetzung der Bewilligung von Darlehen einjähriger Aufenthalt in Berlin. Die Rückzahlung der Darlehen soll in angemessenen Fristen erfolgen. — Diese eigenartige liberale Arbeitslosenunterstützung wird im Stadtverordnetenkollegium eher zu heftigen Kämpfen führen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Kölner Polzeiprozess. Vor der Kölner Strafkammer spielt sich wieder ein interessanter Polzeiprozess ab. Der Mechaniker Franz Straßburger war angeklagt, den Polzeiinspektor Eiben und einen Wachtmeister durch die Behauptung: „Sie lassen sich schmeieren“ beleidigt zu haben. Er hatte behauptet, Eiben habe zu einer Rhein- und Lartour ein Auto umsonst von der Autotaxameter-Gesellschaft geliehen erhalten, gleichzeitig habe der Inspektor ein Kuvert mit einem Geldbetrag zur Bestreitung der Besche bekommen. Eiben, dem das Verkehrsweisen in Köln untersteht, sei einseitig für die Interessen dieser Gesellschaft aufgetreten. — In der Verhandlung behauptet Inspektor Eiben, er habe nicht gewußt, daß derjenige, der ihm das Auto zu der betreffenden Fahrt zur Verfügung stellte, mit der Autotaxameter-Gesellschaft in Verbindung gestanden habe. In Königswinter habe man Bier und Bowle getrunken, aber er wisse nicht, wer bezahlt habe, er oder Juwelier Kamnacher, der an seiner Autogewerkschaft interessiert gewesen sei. Der mitbeleidigte Wachtmeister bestritt, von der Gesellschaft Geld erhalten zu haben. Der Juwelier Kamnacher aber gab ausdrücklich zu, die ganze Besche bezahlt zu haben, er wisse bloß nicht mehr, wieviel es gewesen sei. Selbst der Staatsanwalt, der die Bestechung nicht als erwiesen ansah und 100 Mark Strafe beantragte, bekannte, daß Eiben als Inspektor des Verkehrswezens sehr unvorsichtig gehandelt habe. Der Angeklagte wurde zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es heißt in der Urteilsbegründung, daß das Verhalten des Inspektors Eiben, für sich und seine ganze Familie eine solche Fahrt von anderen bezahlen zu lassen, solcher Gerüchten hätte leicht Nahrung geben können. Dieser Fall ist besonders wichtig, weil Eiben im großen Kölner Polzeiprozess behauptete, er habe auf dieser Tour sich nicht freihalten lassen, sondern habe die Hälfte der Besche selbst bezahlt. Dieser Widerspruch bedarf unbedingt der Aufklärung.

Um Obdach zu finden, für 23 000 Mark Werte vernichtet. Wer arbeiten will, der kann arbeiten. Diese so häufig von gewissen Scharmachern im Munde geführten Worte wurden wieder einmal illustriert durch eine in Halle a. d. Saale stattgehabte Schwurgerichtsverhandlung, in der die zwanzig- bis vierundzwanzigjährigen Arbeiter Karl Soltz und Georg Koch wegen vorräthiger Brandstiftung angeklagt waren. Die beiden wegen Betteles und anderer Kleinigkeiten vorbestraften Angeklagten wanderten im November vor Jahres durch Merseburg, Halle usw., ohne Arbeit und Obdach zu finden. Koch hatte damals in der Zeitung gelesen, daß ein Arbeitsloser einen Diemen angezündet hatte, um Unterstützung zu finden. Sie bemühten sich, Arbeit und Obdach zu erlangen, wolle aber überall auf den Nachweisen und Armenverwaltungen abgewiesen worden sein. Nur als Stein-Klopfer hätten sie einmal Beschäftigung finden, diese ungeübte Arbeit aber nicht verrichten können. In der Nacht zum 6. November fanden sie schließlich wunschgemäß Obdach in einer Halleischen Polizeiwache. Als sie am 7. November die Orte Hohenthurm, Schwegel usw. durchwandert hatten und abends wiederum kein Obdach fanden, erinnerten sie sich der Tat des Halleischen „Brandstifters“ und setzten die Felscheune des Amtmannes Dippe in Brand, wodurch Getreide im Werte von 23 000 Mark vernichtet wurde. Dann meldeten sie sich in Bechum irrtümlich und mit durchgelaufenen Füßen der Polizei und sagten, wenn sie kein Obdach erhalten, gehe noch eine Scheune in die Luft. Der Erste Staatsanwalt meinte, bei „gutem Willen“ hätten die Angeklagten Arbeit erlangen können und bezeichnete die beiden Täter als arbeitscheue Leute, die müßig im Lande umhergerollt wären. Das Gericht brachte aber zum Ausdruck, daß die Angeklagten nicht den Eindruck zweier schwerer Verbrecher gemacht hätten. Dem Spruche der Geschworenen gemäß wurden sie aber verurteilt. R. zu zwei Jahren Zuchthaus und S. zu zwei Jahren Gefängnis.

Ein Professor als Sittenverbrecher. Die Strafkammer in Straßburg verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den früheren Direktor der Straßburger Universitäts-Augenklinik, Professor Schürmer, gebürtig aus Greifswald, jetzt in Neuport wohnhaft, wegen Vergehens gegen Paragraph 174, Ziffer 3 des Reichsstrafgesetzbuches, zu sechs Monaten Gefängnis bei Annahme mildernder Umstände. Außerdem wurde dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend die sofortige Verhaftung wegen Fluchtverdachts verfügt. In einem weiteren Falle wurde das Verfahren abgetrennt und auf bestimmte Zeit vertagt.

Aus Nah und Fern.

Der verbannte Weckruf. Vor kurzem ging durch die Presse die Nachricht, daß der Magistrat von Görlich in der seiner Zeitung unterstellten, von einem Wohltäter gestifteten Lesehalle die zwei darin ausliegenden sozialdemokratischen Blätter aus der Reihe der übrigen Zeitungen entfernen und neben dem Beamtentisch hängen ließ. Vielleicht hat der Görlicher Magistrat nie den Ehrgeiz besessen, wegen unparteiischer Leitung der Lesehalle gelobt zu werden. Die Dresdener Gehetstiftung hat aber bisher auf diese Anerkennung Anspruch erhoben. Und so legte sie in ihrem Lesesaal seit seinem Bestehen auch den von der Eisenbahnverwaltung arg verpönten „Weckruf“, das Organ der Reichssekktion der Eisenbahner, aus. Nun scheint aber auch die Gehetstiftung daranzugehen, „müßelbige“ Blätter aus ihrer Lesehalle zu entfernen — zur höheren Ehre jener Behörden, deren Anerkennungen schwerer wiegt als das Urteil derer, die die Lesehalle benutzen. Der Redaktion des „Weckrufs“ ging nämlich folgendes Schreiben zu:

Sie haben uns die Zeitschrift „Weckruf“ mit dem Wunsch zugehen lassen, sie in unserm Lesesaal anzulegen. Eingetretener Raumangel macht es uns leider unmöglich, diesen Wunsch fernerhin zu erfüllen. Wir stellen es Ihnen anheim, von der weiteren Zuziehung abzusehen.

Hochachtungsvoll Die Gehe-Stiftung.
gez.: Dr. Schanze.

Mit dem Tode des früheren Leiters, des alten Demokraten Dr. Petermann, scheint also auch der alte Geist aus der Gehetstiftung verschwunden zu sein. Denn an dem Raumangel, der hier als Grund angegeben wird, wird keiner glauben können, der da weiß, daß es sich beim „Weckruf“ um ein kleines, nur alle 14 Tage erscheinendes Organ handelt, das sich dafür aber des Falles der Eisenbahnbehörde erfreut. Und darum soll es wahrscheinlich nicht nur aus dem Lesesaal, sondern auch aus der Bibliothek der Gehetstiftung verschwinden. Die Redaktion stellte die Zufindung des „Weckrufs“ ein, richtete aber am 6. Januar an die Gehetstiftung folgende Anfrage:

Auf Ihr Schreiben vom 13. Dezember 1913 haben wir die weitere Zufindung des „Weckrufs“ eingeklärt. In den letzten Jahren landeten wir Ihnen teils einen gebundenen Jahrgang für die Bibliothek.

Wir gepatzen uns die Anfrage, ob auch darauf wegen Raumangels verzichtet wird.

Hochachtungsvoll
Die Redaktion des „Weckruf“.

Darauf hat die Gehetstiftung bis heute noch nicht geantwortet, so daß es dabei zu bleiben scheint; die Gehetstiftung legt keinen Wert mehr darauf, als unparteiisch geleitetes Institut zu gelten.

Nach Dresdener Muffen. Eine Sittenaffäre, die an den Dresdener Fall erinnert, beschäftigt zurzeit die Sittenheitsorgane in Posen. Kriminalschultheisen Helen Seltzinger hat drei schulpflichtige Mädchen auf deren Beobachtung einen gewissen Verdacht bestärkt. Sie wurden verhört und nach ihren Aussagen hatte der Malermeister W. aus der W. Werberstraße mit ihnen zu tun, der sich als Ort der Zusammenkünfte einen Vorraum der städtischen Turnhalle am Grünen Platz ausgewählt hatte. Eins der Mädchen hatte der Polizei verraten, daß W. sie zum Freitagabend wieder dorthin bestellt hatte. Mehrere Polizeibeamte legten sich auf die Lauer und verhafteten W. als er sich dem Mädchen genähert hatte. Er steht bereits in vorgerückten Jahren, ist Hausbesitzer, verheiratet und Vater von bereits verheirateten Kindern. Inzwischen zieht die Affäre weitere Kreise. Außer W. sind noch drei weitere Personen verhaftet, ein Agent R., ein Musiker M. und der Rittergutbesitzer John B. Ganz wie in Breslau wollen die Verhafteten von den schulpflichtigen Mädchen „verführt“ worden sein. Der bürgerlichen Presse ist die Verhaftung von vier, sonst sehr angesehenen Bürgern natürlich sehr unangenehm und sie ist bestrebt, die Schuld auf die Kinder zu schieben, die trotz ihrer Jugend schon das Aussehen und Gebaren vollendeter Dirnen hatten.

Zwei Zentrumsabgeordnete verunglückt. Am Mittwoch vormittag wurden die beiden Reichstagsabgeordneten Harzer, Benedikt Hebel, Vertreter von Schwaben 4, und der Geistliche Nat, Dekan und Stadtpfarrer Johann Büch, Vertreter des Kreises Schwaben 2, an der Kreuzung der Blücher- und Mittelwalderstraße in Berlin, als sie zum Reichstag gehen wollten, von einem Droschkenautomobil umgefahren und zur Stelle geschleudert. Beide wurden schwer verletzt nach dem St. Hedwigskrankenhaus geschafft.

Ein Schüler beim Rettungswerk ertrunken. Bei Königswusterhausen hat ein Schüler bei einem Rettungswerk den Tod gefunden. Dort brachen auf dem Kripplsee die Tochter des Gemeindevorstehers Paulk aus Zernsdorf und der Sohn des Schneidermeisters Betzhmann beim Schlittschuhlaufen ein. Der 14 Jahre alte Schüler Alfred Rosenber, der Sohn eines Schmiedemeisters, versuchte, die Verunglückten zu retten, brach dabei aber selbst ein und ertrank. Die beiden anderen Kinder konnten im letzten Augenblick noch gerettet werden.

Schweres Unglück. Nach amtlicher Meldung fuhr auf dem Staatsstraßenübergang am Bahnhof Radeberg in Sachsen ein von Dresden kommender Kraftwagen durch die geschlossene Schranke in den einsahrenden Personenzug 707. Der Kraftwagen wurde vollständig zerstört. Ein Insasse, der Mechaniker Horwath aus Dresden erlitt einen Schädelbruch und schwere Knochenbrüche und wurde besinnungslos ins Radeberger Krankenhaus übergeführt, wo er bald darauf verstarb.

Kinderhandel. Die Münchener Polizeidirektion teilt mit: Am 6. November 1913 erschien im Frankfurter „Generalanzeiger“ eine Annonce und Chiffre D. 54 folgenden Inhalts: Kind diskreter Geburt, bestebigen Alters, wird sofort von kinderlosem gutsituiertem Ehepaar gegen einmaligen Erziehungsbeitrag von 600 Mk. an Kindesstatt angenommen. Die in Frankfurt a. M. wohnhafte Mathilde J., Mutter eines 9 Monate alten Knaben, hatte auf eine entsprechende Offerte hin am 14. November 1913 im Frankfurter Hauptbahnhof eine Zusammenkunft mit einer angeblichen Frau M. Hönninger, Fabrikbesitzerin aus Zürich, in deren Begleitung zwei Kinder, ein Junge im Alter von ca. fünf und ein Mädchen von ca. vier Jahren, und ein angeblicher Vater waren, der sich R. Kirchgessner aus Heidelberg nannte und die Verhandlungen mit J. führte. Der angebliche Kirchgessner ließ sich von J. 500 Mk. als Erziehungsgehalt auszahlen und übergab das Kind der angeblichen Frau Hönninger. Diese wohnte noch eine Nacht mit den Kindern in einem Hotel, in dem sich Kirchgessner, ohne selbst dort zu wohnen, als Chemann der Hönninger ausgab. Am 15. November 1913 ist Hönninger mit den Kindern spurlos verschwunden. In Zürich und Heidelberg waren die Beteiligten nicht zu ermitteln. Anscheinend handelt es sich um einen gemeingefährlichen Schwindel. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kind aus dem Wege geräumt oder ausgelegt oder zu einem billigen Preise weiter in Adoption gegeben worden ist. Sachdienliche Angaben werden erbeten von der Polizeidirektion in München, Zimmer Nr. 80.

Das Verfahren gegen einen Massenmörder eingestellt. Der Hauptlehrer Wagner ist infolge des Beschlusses der Heilbronner Strafkammer im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt und dauernd in eine Irrenanstalt übergeführt worden. Der Beschluß stützt sich auf die psychiatrischen Gutachten der Professoren Gaupp, Lübingen und Wollenberg-Straßburg. Beide Gutachter stimmen in dem Ergebnis überein, daß der Angeklagte zur Zeit der Begehung der Straftaten zweifellos an chronischem Verfolgungswahn litt. Dieser Auffassung trat auch das Gericht bei und erlangte die Überzeugung, daß der Angeklagte die Straftaten unter dem Zwange einer die freie Willensbestimmung ausschließenden krankhaften Störung der Geistestätigkeit beging, also strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die abschließende Hauptverhandlung könnte nach der Meinung der Strafkammer unmöglich zu einem anderen Ergebnis führen. Deshalb soll von dem Hauptverfahren abgesehen werden. Der Angeklagte wurde dem Antrage des Staatsanwalts gemäß außer Verfolgung gesetzt. Da der Angeklagte als gemeingefährlich anzusehen ist, wurde seine dauernde sichere Verwahrung in einer Irrenanstalt veranlaßt.

Zubereite Industrie. Ueber ein Eindringen des Antisemitismus in die Schwerindustrie klagt ein Eingekländer im „Dortmunder Tagesblatt“. Ein Ingenieur R., mit dem das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen wegen eines Engagements in Unterhandlung stand, erhielt von dem Werke schließlich einen Brief, in dem mitgeteilt wurde, daß der Generaldirektor Goldbergherg von der Bewerbung keinen Gebrauch machen könne. Ueber die Gründe werde er bei persönlicher Rücksprache gern Auskunft geben. Herr R. wurde dann auf Anfrage mitgeteilt, daß das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Juden grundsätzlich nicht anstelle. Das „B. Z.“ bemerkt dazu: Niemand führt Herr Generaldirektor Goldbergherg (!), um in jedem Falle jüdenreine Elektrizität liefern zu können, für alle Angehörigen des Werkes nach dem Muster antisemitischer Korporationen das Blutbekenntnis ein. Als erster tritt Herr Goldbergherg vor das versammelte Volk und schwört, daß weder in ihm noch in seiner Gattin Wern ein Tropfen nichtdeutschen Blutes rollt. Dann folgen die übrigen Angehörigen. Vielleicht geht man sogar noch einen Schritt weiter und liefert nur an solche Abnehmer Kraft und Licht, die sich zum Antisemitismus bekennen. Aber das ist wohl nicht beabsichtigt.

Ueber einen schweren Jagdunfall wird aus Lemberg berichtet: Bei einer Jagd auf der Besitzung des Grafen Ladislaus Djabuschki auf Jozopol wurde Montag der Grafin Eva Djabuschki durch einen die Richtung verfehlenden Schuß des Grafen Alexander Djabuschki schwer verwundet. Ihr Zustand ist lebensgefährlich.

Ein deutsches Flugzeug. mit zwei Offizieren bemant, landete am Dienstag über Mittag auf französischem Gebiet, in der Nähe des Ortes Croismare, neun Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Sie hatten sich verfliegen. Nach Klärung der Sachlage wurde der Apparat freigelassen.

Ein blutiger Kampf. In Südibirien entstand zwischen Mannern und Kirgisen eine Schlacht. Etwa 300 Mann nahmen mit Weizen, Weingabeln und Flinten bewaffnet an dem Kampfe teil. 18 Personen sind getötet und 60 mehr oder minder schwer verletzt worden.

Während eines Fußball-Wettkampfes in Schottland, dem eine sehr große Zuschauermenge beiwohnte, führte eine Mauer ein und begab viele Menschen unter sich. 16 Personen wurden ins Krankenhaus gebracht.

Vogelstich-Erkrankung. Eine Gischolle, auf der sich 447 Fischer befanden, teils Finnländer aus Lappland, teils Russen, löste sich von der finnländischen Küste los und landete bei der kleinen Insel Zerlaer. Der Schiffchefe „Tarmo“ ging mit Lebensmitteln zur Hilfeleistung ab.

Genossenschaftsbewegung.

Das Zukunftsprogramm der Kohlenhändler. Die deutschen Kohlenverbraucher treten an hohen Kohlenpreisen eine schwere Zeit. Das Kohlenhandels- und die Vereinigung der Kohlenhändler, kann ziemlich unangenehm die Preise für Kohlen senken, und die Kohlenhändler sind bemüht, das noch zu nehmen, was das Land etwa übrig ließ, als es die Preise senkte. Preisfestsetzung aber heißt Preistreiberi, wenn die Triebkraft zur Preisfestsetzung, die Profitsucht, sich unbeeinträchtigt auswirkt. Da wird es zur Notwendigkeit, die Kohlenhändler zu schenken. Man sieht sich nur einmal die Angelegenheit der „Deutschen Kohlenzeitung“ an und vergewissert sich den Zustand, der vorhanden sein wird, wenn die geäußerten Wünsche einmal verwirklicht wären. Die genannte Zeitung schreibt:

Im Kohlenhandel nötig, kann ohne ihn der Bergbau nicht auskommen, so bedarf er eben des Schutzes, und man wird allmählich dahin kommen müssen, daß der berufsmäßige Kohlenhändler- und -detailhandel eine feste sichere Einreihung in unser allgemeines Wirtschaftsleben genau so erfährt, wie etwa die Apotheke zwischen Arzt und Kranken oder der Bahnbetreiber zwischen Eisenbahn und Publikum. Hat sich die Öffentlichkeit darauf gewöhnt, in jeder Kohlenhandlung eine Art privilegierte Verkaufsstelle des ritterlichen Kohlenbergbaues zu sehen, so werden die Anträge vernommen.

Eine Stellung gleich den Apotheken und dann natürlich „Apothekenpreise“ für Brennmaterial in „privilegierten“ Verkaufsstellen — das konnte den Herrschaften wohl so passen! Die Konsumenten werden sich beständig darüber bedanken, ihre Heizung von privilegierten Händlern zu beziehen; sie leiden schon schwer genug unter den Privilegien der Produzenten, die sich eine Monopolstellung erobert haben. Solche Anmerkungen mahnen dringend zur Vorsicht und zur Organisation!

Bäckermeister und Zwischenhandel. Man sollte meinen, die Bäckermeister, die so wehrlos über ihre „Ausbeutung“ durch die Konsumvereinsbäcker klagen und an liebsten ein geschicktes Verbot dieser Betriebe fordern möchten, würden in der Ausbeutung „selbständiger Erzeugnisse“ das schlimmste Vergehen erblicken, das ein mittelständlicher Ge-

mit sich denken kann. Aber — die Herren vom Bäcker hatten's auch mit der Bauernmoral, die im Gebet an St. Florian zum Ausdruck kommt. Mag's anderswo brennen, wenn ihr Haus nur verschont bleibt. So war kürzlich in einer Bäckermeisterzeitung über Hamburg zu lesen:

Viele unserer ersten Bäckereien gehen jetzt dazu über, Fiktalen zu errichten, und stehen sich gut dabei. Es wird hierdurch der Zwischenhandel, die Brotkändler, ausgeschaltet, und dadurch ist es den Bäckereien möglich, wohlfeiler an ihre Kunden zu verkaufen.

Also man schaltet den Zwischenhandel aus und kommt dadurch in die Lage, das Publikum billiger zu bedienen. Will man angesichts dieser wertvollen Mittelstandsbeichte nicht lieber darauf verzichten, die Konsumvereine zu befehlen? Diesen Verzicht auf ihr Liebste, nämlich die durch nichts gerechtfertigte Betätigung der Konsumgenossenschaftlichen Organisationen, werden weder Bäckermeister noch andere Mittelständler leisten. Man fühlt sich doch als „Mittelpunkt“ der ganzen Wirtschaft, unerlässlich in jedem alten überkommenen Gewohnheiten. Betätigt sich dieser „Mittelpunkt“ einmal wirklich in neuen Formen, vereinfacht er wie in dem angeführten Falle die Brotverforgung, indem überflüssige Zwischenglieder ausgeschaltet werden, nun — der „Mittelstand“ darf das tun. Aber das Beispiel darf beiseite keine Nachahmung finden. Will etwa der Konsument das selbe Rezept befolgen, so ruft man den Staat, damit er dem „bedrängten Mittelstand“ Hilfe leisten gegen Einrichtungen, die er, der Mittelstand, gern benutzt. Zwar wird man in diesem Verhalten seinen vernünftigen Sinn entdecken; aber wer wollte den auch bei unserem „Mittelstand“ suchen?

Literarisches.

Die polnischen Bauern von W. S. Keymont. Der Verlag Eugen Diederichs in Jena hat für die Entwicklung des deutschen Buchhandels — und vor allem für die künstlerische Ausstattung des deutschen Buches — bahnbrechend gewirkt und sich große Verdienste erworben. Bei der Auswahl seiner Verlagswerte fragt Diederichs nicht: Was wird dabei verdient? Er prüft vor allem, ob der Inhalt wert ist, verlegt zu werden. Seinen mannigfaltigen literarischen Unternehmungen ist nun auch ein Bauernspiegel angegliedert worden, der die jeweiligen Bauerncharaktere dem Volke nahe bringen will. Dem belgischen Bauernspiegel folgten die polnischen Bauern von dem berühmten Dichter Keymont. Der Verfasser teilt sein Werk in vier Bände ein: Herbst, Winter, Frühling, Sommer und wählt als Schauplatz seiner Erzählung das russisch-polnische Dorf Lince. Als breit dahinstreichendes Prosaepos zieht nun das polnische Bauernleben bis ins kleinste Detail an unserm geistigen Auge vorüber. Uns fesselt vor allen Dingen das Schicksal der schönen Jagua. Ein junges Weib, das über alle vielbesungenen Reize der Polin verfügt, erfüllt von unheimlich heißem Blute und einer fanatischen Sinnenglut, die schließlich ihr zu einem fürchterlichen Ende verhilft. Sie wird als blutjunges Weibchen des reichen Hofbauern Voryna — eines ältlichen Wirtens — Weib, dessen verheiratetem Sohn Antek sie sich schon vorher hingegeben hat. Alle Männer des Dorfes rissen sich um ihre

Schönheit. Nach dem Tode des alten Hofbauern unterhält sie Beziehungen mit dem Dorfchulzen, der sie zum Trunke verführt hatte, und schließlich verzehrt sie sich nach stehengebliebenen Organismen, einem Priesterzögling, der ihr zum Verhängnis wird. Die Lächerungen beugen ihr sämtliche Weiber des Dorfes auf den Hals, die in entsetzlicher Rachgier die Gutscherr widerrechtlich schlagen will, wobei zwei Menschen sich den Tod holen. Und außerdem schilbert der Dichter uns die Natur aller vier Jahreszeiten. Natur Schilderungen, wie sie noch nie erreicht worden sind, die dem Leser das Herz himmelhoch jauchzen lassen. Da erregt nicht nur die Kunst des Dichters, sondern vor allem auch die Kunst des Uebersetzers Jean Paul d'Ardeschah Aufsehen und Bewunderung. Zu diesem Uebersetzer kann sich der Dichter Glück wünschen. Des hohen Preises wegen — das Werk kostet beschrieb 10 Mk. — ist es für die Arbeiter schwer zu erhalten. Aber die Bibliotheken sollten ihren Leserkreisen diese hohen literarischen Genüsse nicht verjagen, sondern das Werk anschaffen. W. B.

Wutter-Notierungen

b. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein
Wutter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Samburg, 4. Februar.
1. Klasse 460 Drittel zu 129 75 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 88 „ 121 68 Mk.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich - genossenschaftliche
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags
abends von 7 1/2 — 9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassieren der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Bull

vom Boot aus (758)
am Freitag, dem 6. Februar
vormittags von 9 1/2 Uhr ab an der
Hüterlorbrücke.

Für die vielen Glückwünsche zu
meiner Silberhochzeit danke ich
recht herzlich. (761)
J. Lütjohann und Frau,
Parasitenstr. 23.

Am Dienstag, dem 3. Februar,
nachmittags 11 Uhr ent-
schied nach längerem schweren Leiden
mein lieber Mann, meiner Kinder
treuer Vater, Schwieger- u.
Großvater

Sven Persson
im Alter von 67 Jahren. Tief be-
trauert von mir, meinen Kindern
und Enkeln.

Frau Catharine Persson,
geb. Stadländer.

Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, nachmittags 2 1/2 Uhr, von
der Kapelle des Vorwerfer Fried-
hofes aus statt. (763)

Am Dienstag, dem 3. Februar,
nachmittags 12 1/2 Uhr, entschie-
d nach ruhig nach kurzem,
schwerem Leiden unsere liebe Tochter

Anna

im Alter von 10 Jahren.
Tief betrauert von ihren Eltern,
Geschwister, Großeltern und Ver-
wandten. (759)

H. Zarneckow und Familie.

Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, dem 8. Februar, nach-
mittags 1 Uhr, von der Kapelle zu
Schlump aus statt.

Deutscher

Transportarbeiterverband

Überwachung Arbeit.

Nachruf.

Dem Stillstehen zur Wehrzeit,
das unser Mitglied, der Späde-
mann

Sven Persson

im Alter von 67 Jahren gestorben ist.

Ihre lieben Angehörigen!

Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, dem 7. Februar, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Kapelle des
Vorwerfer Friedhofes aus statt.
Begrabenung des Verstorbenen um
1 1/2 Uhr bei Paul Lindenberg im
Friedhof.

Das liebe Verstorbenen ruht
in Frieden.

Der Vorstand.



Mitgliederversammlung
des Kranken-Unterstützungs-Bundes der Schneider
Erst- und Zuschauerkasse
am Freitag, dem 6. Februar 1914
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Bericht vom Sanitätsverband.
3. Verschiedenes.
Nur zahlreiches Erscheinen ersucht (757) Die Ortsverwaltung.

Bisitenarten Fr. Meyer & Co., Johannes-
str. 46.

100 Stück von 1.00 Mk. an

Bebel - Büsten

Modelliert von
Bildhauer Obst, Charlottenburg.

Stück 2.50 Mk.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Geleitet v. den Eltern v. I. Moril
e. lehr. Jümm. I. d. inneren Stadt.
Geb. mit Preis n. A 27 an die
Kred. d. H. erziehen. (758)

zu kaufen gesucht ein kleines
Cinamilienhaus, am liebsten außer
der Stadt. (761)
H. H. Sp. Schöberg 41, II.

Zu verkaufen

1 Sofa, 1 Tisch, eine kleine
Kleider- u. Bettstube.
Kleider- u. Bettstube.
Kleider- u. Bettstube.

Kleider- u. Bettstube. (759)

Kleider- u. Bettstube. (760)

Kleider- u. Bettstube. (761)

Kleider- u. Bettstube. (762)

Kleider- u. Bettstube. (763)

Kleider- u. Bettstube. (764)

Uhren, Goldwaren,
Silberwaren, Hoch-
zeits-, Tauf- und
Ehrenschenke
empfehlen 770
Willi Westfeling,
Holsten-
strasse 32

J. Ramon, Schlup
Manufaktur- und Kurzwaren.
Arbeiter-Garderoben.
Schuhwaren-Lager.
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
in reichster Auswahl. (171)
Reparatur-Werkstatt.

Bruchkäse Pfund 20 Pfg.
(416) Schlumpackerstraße 12.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10

sind vorrätig bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
(172) Preise. u. a.
Bederhosen . . . 2.20-6.45
Maurerhosen . . . 2.60-6.75
Schlofferhosen . . . 1.88-5.25
Überziehhosen . . . 1.08-2.95
Zwinn-Dosen . . . 1.68-3.25
Leinene Jacken, für die u. gerade.
1.28, Kaffen, Hemden, Schlachter-
jacken, Arbeiterjacken, Arbeitermäntel
erkauftlich billig. Mägen von 30
Bf. bis 1.98 Mk. Note Lubecan.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

**Arbeiter-
Turn-
Verein
Lübeck.**

Fußballspieler,

welche einer neu gegründeten Fuß-
ball-Abteilung im Arbeiter-Turn-
verein beitreten möchten, werden
gebeten, sich am Samstag, dem
7. Februar 1914, zwecks näherer
Rückprache im „Gasthof zum
Landhaus“, Jadenburger Allee 29,
zu melden. (765)

Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinenzbund.

Versammlung
am Freitag, dem 6. Februar
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
(759) Der Vorstand.

Gefangenverein
„Ginigkeit“,
Schlump.

Einladung zum
Maskenball u. Kappentest

am Sonntag, dem 8. Februar
im Lokale des Herrn Vetter
(Gasthof zur Post).
Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
Maskenzug 8 Uhr.
Demaskierung 11 Uhr.

Eintritt für Herren 80 Pfg.,
für Damen und Masken 40 Pfg.
(752) Das Komitee.
NB. Für Länger besteht Kappentest
zwang. Kinder u. fremde Biertrink-
haben keinen Zutritt. D. O.

Neues Stadttheater

Bonnerstag, den 5. Februar 1914:
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
120. Vst. i. B. 16. 19. Vst. i. Donn. 16.

Herzog Wildfang.

Große Oper von Siegfried Wagner.
Große Preise. (753)

Freitag, den 6. Februar 1914:
121. Vst. i. B. 16. 20. Vst. i. B. 16.

Die Zauberflöte.

Oper von W. A. Mozart.
Große Preise.

Sonnabend, den 7. Februar 1914:
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
122. Vst. i. B. 16. 11. Vst. i. Sonn. 16.

Der fliegende Holländer.

Große Oper von Rich. Wagner.
Große Preise.
Voranzelge.

Sonntag, den 8. Februar 1914:
Anf. 8 Uhr.

Der Registrator auf Reisen.

Gefangenverein von Arronge.
Jeder Platz 75 Pfg.
Verlosung der Plätze Freitag und
Sonnabend von 8-9 Uhr an der
Theaterkasse.